

Die Aufgaben des MfS seit seiner Bildung bis zur militärischen Sicherung der Staatsgrenze der DDR am 13. August 1961 beim Schutz der Volkswirtschaft der DDR, vor allem bei der Bekämpfung subversiver Angriffe westlicher Geheimdienste und Agentenorganisationen

Mit der Bildung eines selbständigen Ministeriums für Staatssicherheit am 8. Februar 1950 wurde bereits in der Gesetzesbegründung durch den Minister des Innern der DDR vor der Volkskammer deutlich, welche Aufmerksamkeit der Gesetzgeber der Sicherung der Volkswirtschaft beimaß.³⁰ Innerhalb des MfS begann der Aufbau einer – gemessen am Gegenstand ihres Arbeitsgebietes – wichtigen Abwehrlinie: der Linie III – im MfS zunächst Abteilung, später Hauptabteilung III – sowie entsprechender Strukturen auf der Ebene der Länderverwaltungen und der Kreisdienststellen. Nach der Auflösung der Länder wurden in den 1952 neugebildeten Bezirksverwaltungen (BV) Abteilungen III und in den Kreisdienststellen (KD) Referate oder Arbeitsgruppen der Linie III gebildet. Ab 1964 erhielten die Hauptabteilung (HA) III

30

bzw. die Diensteinheiten in den BV und KD dann die Bezeichnung HA XVIII bzw. Linie XVIII.

Einige Besonderheiten hinsichtlich ihrer Bezeichnung wiesen die Struktureinheiten der Linie XVIII in den Kreisdienststellen auf. In der Frühphase der 50er Jahre existierten in den Kreisdienststellen (KD) *Arbeitsgruppen Industrie und Landwirtschaft*, später gab es *Objektsachbearbeiter*, die für die Sicherung wichtiger volkswirtschaftlicher Einrichtungen zuständig waren, und in den 80er Jahren die *Referate Sicherung der Volkswirtschaft*. Des Umfangs und der Besonderheiten wegen wurde für das Verkehrswesen (Land, Luft, Wasser) ein selbständiger Dienstzweig, die Linie XIII (ab 1964 Linie XIX) gebildet. Im Jahre 1985 wurde der HA XIX außerdem die Sicherung des Post- und Nachrichtenwesens übertragen.

Parallel dazu entstand für die in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Gera angesiedelte *Sowjetische Aktiengesellschaft Wismut* (SAG Wismut), ab 1951 *Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft Wismut* (SDAG Wismut), die *Verwaltung Wismut*, später *Objektverwaltung Wismut im MfS*. Sie besaß den Status einer BV, ihr Verantwortungsbereich beschränkte sich aber ausschließlich auf den Schutz und die Sicherung dieser Aktiengesellschaft. Im Jahre 1982 erfolgte mit dem Rückgang des Uranerzabbaus deren Auflösung. Weitere Aufgaben wurden von der selbständigen *Abteilung Wismut* in der BV Karl-Marx-Stadt mit jeweils einem Referat Wismut in der KD Gera und der KD Aue wahrgenommen.

Von 1955 bis 1962 bestand des weiteren eine selbständige *Abteilung VI*, die für die Sicherung von Flugzeugindustrie, Kernforschung und Verteidigungsindustrie verantwortlich war. Diese Diensteinheit (DE) wurde 1962 nach Auflösung der Flugzeugindustrie in die HA III eingegliedert. Sowohl Aufgaben als auch Struktur der Linie XVIII unterlagen Veränderungen, die der Entwicklung der Volkswirtschaft und der Gesellschaft entsprachen. Die Sicherungs- und Abwehrarbeit der HA III/XVIII erstreckte sich auf alle zentralen Einrichtungen des Staatsapparates, die für die Planung, Leitung und Organisation der Volkswirtschaft zuständig waren – speziell der Industrie, der Landwirtschaft, des Bank- und Finanzwesens, des Außen- und des Binnenhandels und der Versorgung, der Wissenschaft und Forschung, der Statistik und für andere volkswirtschaftliche Kontrollaufgaben. Analog geregelt war die Zuständigkeit der Linie III/XVIII – zunächst auf Länderebene, ab 1952 auf Bezirks- und Kreisebene, zumindest was die wirtschaftsleitenden Organe bei den Bezirks-, Kreis-, Stadt- und Stadtbezirksräten betraf. Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag jedoch im produzierenden Bereich, in den Objekten der Volkswirtschaft (Kombinate, Betriebe, land- und forst-

31

wirtschaftliche Einrichtungen) sowie in Instituten, die mit Forschung und Entwicklung befaßt waren.³¹ Die politisch-operative Aufgabenstellung erfolgte mit fortschreitender Entwicklung streng nach dem Schwerpunktprinzip.³²

Die Hauptaufgaben der Linie III/XVIII

bei der Abwehr von Angriffen gegen die Volkswirtschaft

Im Mittelpunkt der politisch-operativen Arbeit der Linie III/XVIII standen in der gesamten Zeit ihres Wirkens Aufklärung und Abwehr von Verbrechen, die sich gegen die ökonomischen Grundlagen der DDR richteten (Spionage,

Sabotage, Diversion sowie gezielte Abwerbung von Spezialisten), die Aufklärung und Bekämpfung schwerer Wirtschaftsverbrechen der allgemeinen Kriminalität; Aufklärung und vorbeugende Verhinderung (im Zusammenwirken mit den Organen des Mdl) von Bränden, Störungen und Havarien, durch die Menschenleben gefährdet oder bedeutende wirtschaftliche Schäden und Auswirkungen zu erwarten waren; die Aufklärung und Abwehr von Angriffen, die sich gegen die der Landesverteidigung dienende Produktion richteten; die Gewährleistung des Schutzes von Staatsgeheimnissen, besonders die Bereiche Wissenschaft, Forschung und Technik betreffend; die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen zum Schutz der Auslands- und Reisekader insbesondere für das nichtsozialistische Ausland; die Verhinderung von Straftaten des ungesetzlichen Verlassens der DDR sowie die Durchsetzung von Maßnahmen zur Zurückdrängung von Übersiedlungersuchen im Verantwortungsbereich; die vorbeugende, schadenabwendende Tätigkeit sowie die Aufdeckung und Beseitigung von straftatenbegünstigenden Faktoren und die Durchsetzung gesetzlicher Normen und Vorschriften im Verantwortungsbereich; die Unterstützung staatlicher und wirtschaftsleitender Organe bei der Stabilisierung wichtiger volkswirtschaftlicher Prozesse und Vorhaben durch sicherheitspolitische Maßnahmen.

Die Aufgaben zum Schutz der Volkswirtschaft 1950 bis 1961

Im Zeitraum 1950 bis 1961 standen folgende Aufgaben im Mittelpunkt der politisch-operativen Arbeit der Linie III/XVIII: Abwehr von Spionageangriffen aller westlichen Geheimdienste und anderer Agentenorganisationen zur Erkundung von wirtschaftlichen Engpässen und Versorgungsschwierigkeiten sowie zum Stand von Forschung und Entwicklung, Abwehr der häufig damit verbundenen Aktivitäten zur Störung bestimmter Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet; Sicherung der Grundlagen des wirtschaftlichen Aufbaus in Industrie und Landwirtschaft gegen Diver-

32

sionsakte, Sabotagehandlungen und andere schwere Verbrechen, wie Sprengstoffanschläge, Brandstiftungen und Viehvergiftungen; Verhinderung der zielgerichteten Abwerbung von Spezialisten aus Wissenschaft und Technik sowie im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei das Bemühen um Eindämmung des Verlassens der DDR durch Werktätige aus Industrie und Landwirtschaft.

Besonders in der Anfangszeit bildete das Hauptkriterium für die Werbung von IM (damals als *Geheimer Informator* [GI] und *Geheimer Mitarbeiter* [GM] bezeichnet), ob sie geeignet waren, an der Aufklärung schwerer Straftaten bzw. an der Ermittlung von Personen mitzuarbeiten, bei denen ein begründeter Verdacht bestand, an derartigen kriminellen Handlungen mitgewirkt zu haben. Die vorbeugende Arbeit, durch die Straftaten verhindert und begünstigende Bedingungen und Umstände beseitigt bzw. zurückgedrängt werden sollten, war zu dieser Zeit noch ungenügend entwickelt. Eine entsprechende Abwehrstrategie zur vorbeugenden Sicherung der Volkswirtschaft entwickelte sich erst nach und nach.

Die USA und ihre Verbündeten unternahmen in den 50er Jahren große Anstrengungen, um den Aufbau des Sozialismus im sowjetischen Macht- und Einflußbereich zu verhindern. Dem dienten auch die Remilitarisierung der Bundesrepublik, die zur Integration der BRD in die NATO führte.

Der Kalte Krieg wurde aber nicht nur auf den Gebieten Politik, Propaganda und Militär, sondern auch auf dem Felde der Wirtschaft geführt. Bereits 1947/48 hatten die USA damit begonnen, durch Bruch der Handelsverbindungen mit den sozialistischen Ländern die weltweite internationale Arbeitsteilung zu stören. Ihre Embargostrategie verschärften sie mit dem 1951 erlassenen *Battle Act*. Dieser zielte darauf ab, den Export strategischer Waren in sozialistische Länder entweder zu verbieten oder zumindest auf dem Wege von Genehmigungspflicht rigoros zu beschränken. (Später wurde daraus eine Cocom-Liste, die »strategische« Waren indizierte und deren Export in sozialistische Länder verbot.)

In dieselbe Richtung wirkte der *Johnson Act*, ein Gesetz, mit dem ein Kreditgewährungsverbot gegenüber sozialistischen Staaten festgelegt wurde.³³

Während die BRD – vor allem mit Hilfe der Dollar-Milliarden des Marshall-Planes – im Jahre 1950 den Vorkriegsstand in der Produktion erreichte,

belasteten die DDR-Wirtschaft solche Embargo-Maßnahmen zusätzlich. Sie konnte sich nur auf die Hilfe ihrer Verbündeten stützen. Die Regierung der UdSSR beschloß am 15. Mai 1950 – in Übereinstimmung mit der Regierung der Volksrepublik Polen –, die Restsumme der zu leisten-

33

den Reparationen im Gesamtwert von 10 Milliarden Dollar auf 3.171 Millionen Dollar zu reduzieren und die Rückzahlungsfrist von 10 auf 15 Jahre zu verlängern.³⁴

Im September 1950 wurde die DDR in den 1948 gegründeten Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) aufgenommen.³⁵ Mit der Integration der DDR in die östliche Wirtschaftsorganisation wurde sie einerseits vor den Attacken des Westens geschützt, andererseits wurde ihr ein neuer Markt eröffnet.

Der mit westlichen Geheimdiensten und Agentenorganisationen staatlich organisierte Wirtschaftskrieg gegen die DDR

Das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen in Bonn entwickelte sich rasch zu einer der Leitzentralen, die den subversiven Kampf gegen die DDR organisierten. Von dieser Institution wurde kurz nach dem III. Parteitag der SED (20.-24. Juli 1950) ein Plan zur Störung des 1. Fünfjahresplanes (1951-1955) entworfen. In diese Planung waren sowohl der USA- wie auch der britische Geheimdienst einbezogen. Als vordringliche Aufgabe sahen die Initiatoren die Aufstockung ihrer illegalen Agenturen in wichtigen VEB, in Ministerien sowie in Parteien und Gewerkschaften der DDR an. Aber auch Sabotage der Produktion und des Güterverkehrs, Brandstiftungen, Desorganisation der Planung sowie gezielte Abwerbung von qualifizierten Fachkräften, Ingenieuren und Wissenschaftlern waren ins Auge gefaßt. An der Beratung nahmen teil: der Minister für Gesamtdeutsche Fragen, Jakob Kaiser, sein persönlicher Referent, F. Sager, führende Ministerialbeamte, der Verbindungsoffizier des USA-Hochkommissars zum Kaiserministerium, Persh, als Vertreter des Geheimdienstes der US-Armee, Allan Holsten, der Experte für Fragen des Spionagedienstes der deutschen Abteilung im Federal Bureau of Investigation (FBI), Oberstleutnant John Parking, sowie vom Spionagedienst der britischen Besatzungsbehörde Major Royce.³⁶

Schon das zu Beginn des 1. Fünfjahresplanes per 7. Februar 1950 von der BRD verfügte Stahl-Embargo hatte die DDR-Volkswirtschaft hart getroffen. Damit reduzierte sich der innerdeutsche Handel auf 75 Prozent des Gesamtvolumens. Am 27. September 1950 war in der BRD das »Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes« erlassen worden. Mit ihm wurde der erste offizielle Geheimdienst der BRD installiert. § 5 dieses Gesetzes verpflichtete das Bundesamt und die Landesämter für Verfassungsschutz zur Zusammenarbeit mit den alliierten Sicherheitsbehörden. Das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) und die Landesämter für Verfassungsschutz (LfV) hatten u. a. die Aufgabe, Spionage

34

gegen bestimmte Bereiche des gesellschaftlichen Lebens der DDR, darunter auch gegen die Volkswirtschaft, zu betreiben.

Das Landesamt für Verfassungsschutz Berlin spionierte gegen politische Bereiche, Institutionen und staatliche Organe in der Hauptstadt der DDR und unterhielt zu diesem Zwecke ein Netz von Agenten.

Im Wirtschaftskrieg gegen die DDR bedienten sich Geheimdienste und Agentenorganisationen aber nicht nur der Spionage und Störtätigkeit. Als eine ihrer Hauptmethoden im subversiven Kampf in dieser Zeit setzten sie auf Hetze gegen die DDR. Ihre Mittel und Methoden reichten dabei von plumpen Verfälschungen der Realität in der DDR über stupiden Antikommunismus bis zu unverhüllter Aufforderung zum Widerstand oder zur Beteiligung an der »Arbeitslangsam-Bewegung«.

Gegenstand propagandistischer Attacken waren die demokratischen Reformen, besonders die Entwicklung in der Landwirtschaft, die Volksbildungs-, Erziehungs- und Familienpolitik. Den Urhebern dieser ideologischen Kriegführung standen für ihre Unternehmungen nahezu unerschöpfliche finanzielle und materielle Ressourcen zur Verfügung. Tonnenweise wurden Flugblätter und Hetzschriften mittels Raketen und Ballons oder über Mittelsmänner in der DDR verbreitet.³⁷ (Allein vom 8. März bis 6. Mai 1957 wurden per Heißluftballons 5,5 Millionen Flugblätter verbreitet.)³⁸ Nicht ohne Eigennutz hatte die Abteilung für Sonderoperationen *Central*

Intelligence Group (CIG, Zentrale Nachrichtengruppe) Beziehungen zu den Ostbüros von SPD und CDU in Westberlin aufgenommen, deren Aktivitäten unterstützt und großzügige Beihilfen bereitgestellt. Von diesen Agenturen erwartete und bekam der USA-Geheimdienst als Gegenleistung Informationen über die SBZ und später die DDR. Das gelang über Agentennetze beider Ostbüros, die außer Militärspionage gegen die Sowjetarmee auch Informationen politischen und wirtschaftlichen Charakters an ihre Auftraggeber lieferten.

Westdeutscher Hörfunk und unter westallierter Regie betriebene Sender wie RIAS unterstützten sie dabei mit Sendungen wie »Aus der Zone – für die Zone«, »Werktag der Zone«, »Jugend spricht zur Jugend«.

Westberlin – Frontstadt im Kalten Krieg

Westberlin spielte im Kalten Krieg eine herausragende Rolle. Es wurde zum Tummelplatz all jener Kräfte, die sich gegen die DDR verschworen hatten. Über 80 Zentralen von Geheimdiensten sowie Organe des subversiven Kampfes, einschließlich der psychologischen Kriegsführung und politisch-ideologischer Diversion, waren dort angesiedelt und aktiv.

35

Die Mitarbeiter des MfS, damals nicht sehr viele, befanden sich im ständigen Einsatz, um Vorkommnisse mit schädigender Wirkung auf die Volkswirtschaft zu klären. Die meist von Geheimdiensten und Agentenorganisationen inspirierten und organisierten, mit konspirativen Mitteln vorgetragenen Angriffe erforderten adäquate Gegenwehr. Deshalb war der Einsatz Inoffizieller Mitarbeiter unumgänglich. Die Haupttätigkeit der Linie III/XVIII wurde auf die Abwehr der Angriffe konzentriert, die von der unter USA-Kommando stehenden »Organisation Gehlen«, dem Ostbüro der SPD, der sogenannten Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit (KgU), dem »Untersuchungsausschuß freier Juristen« (UfJ) auch gegen die Volkswirtschaft der DDR vorgetragen wurden.

Der Ausbau Westberlins zum bedeutendsten antikommunistischen Spionage- und Agentenzentrum der Welt war von den westlichen Besatzungsmächten seit 1948 systematisch betrieben worden. Bei den dort eingesetzten Mitarbeitern handelte es sich zum überwiegenden Teil um gut ausgebildete und erfahrene Kräfte.

In Westberlin existierten eine Vielzahl von Treffobjekten, in denen Bürger der DDR und anderer sozialistischer Staaten angeworben wurden. Je nach Erfordernis erhielten sie dort eine entsprechende Ausbildung und wurden mit technischen bzw. nachrichtendienstlichen Mitteln ausgerüstet. Wegen der Zunahme verbrecherischer Aktivitäten von Westberliner Gebiet aus wandte sich der Vorsitzende des Sowjetischen Kontrollrates in Deutschland³⁹, Armeegeneral Tschuikow, im Oktober und Dezember 1952 an die Hohen Kommissare der Westmächte und forderte die sofortige Auflösung aller Agentenzentralen.

Der »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« bereitet die Einverleibung der DDR vor

Entsprechend der von ihrem ersten Kanzler, Konrad Adenauer, verkündeten politischen Zielsetzung der BRD (»Befreiung von 18 Millionen Deutschen « als Nahziel und »die Befreiung der Völker Osteuropas« als Endziel)⁴⁰, hatte Bonn frühzeitig Pläne für einen *Anschluß* der DDR erarbeiten lassen. Am 24. März 1952 wurde beim Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen ein »Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« gegründet. Seine Aufgabe bestand darin, »ein detailliertes Sofortprogramm für Überleitungsmaßnahmen im Falle der Machtübernahme in der sowjetischen Zone« auszuarbeiten.⁴¹ Der zuständige Minister Jacob Kaiser erklärte:

»Es liegt durchaus im Bereich der Möglichkeit, daß dieser ›Tag X‹ rascher

36

kommt, als die Skeptiker zu hoffen wagen. Es ist unsere Aufgabe, für alle Probleme bestmöglichst vorbereitet zu sein.«⁴²

Im Jahre 1967 hatte der Nationalrat der Nationalen Front der DDR ein Graubuch zur »Expansionspolitik und Neonazismus in Westdeutschland« herausgegeben, in dem die Existenz des »Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands«, seine Aufgabenstellung und Ziele sowie die personelle Zusammensetzung offengelegt wurden. Es konnte bewiesen werden, daß Plenum und Forschungsbeirat von Experten der faschistischen Eroberungspolitik durchgesetzt waren.⁴³

Der Botschafter a. D. Ralph Hartmann dokumentierte in seinem 1996 erschienenen Buch »Die Liquidatoren – Der Reichskommissar und das wiedergewonnene Vaterland« Zusammenhänge zwischen der seinerzeitigen Anschlußplanung des Forschungsbeirates und dem auf bundesdeutschen Druck am 17. Juni 1990 von der Volkskammer der DDR verabschiedeten »Gesetz zur Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens« (Treuhandgesetz) zur Liquidierung des Volkseigentums in der DDR. Es wurde später mit Art. 25 im Einigungsvertrag vom 31. August 1990 in BRD-Recht transformiert.

Dieses Material widerlegt eindeutig jene Legende, der zufolge die Bundesregierung angeblich über keine konzeptionellen Vorstellungen für die Vereinigung beider deutscher Staaten verfügt habe.⁴⁴

Heute läßt sich trefflich darüber streiten, ob die im Juni 1953 in einem Vortrag des Staatssekretärs im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Thedieck, enthaltene Ähnlichkeit der Forderung nach Umwandlung der Wirtschaftsordnung der DDR in eine soziale Marktwirtschaft (Reprivatisierung der Industrie, Neuordnung des Geld- und Kreditwesens sowie des Marktapparates) und des am 6. Juli 1961 veröffentlichten 3. Tätigkeitsberichtes des »Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« reiner Zufall war oder nicht.

Die damals verlangte Behörde, die die volkseigenen Betriebe treuhänderisch verwalten und zunächst durch »Nutzungsverträge«, danach mittels Verkauf an kapitalistische Großaktionäre privatisieren sollte, wies jedoch fatale Ähnlichkeit mit der 1990 konstituierten auf. Analog sollte in der Landwirtschaft, bei den Banken und dem Sozialversicherungswesen verfahren werden.

Dieser »Plan« fand am 7. Juli 1961 die Billigung der Bundesregierung.⁴⁵

Karl Heinz Roth, Mitbegründer der Stiftung für Sozialgeschichte des 20.

Jahrhunderts, legte 1998 unter dem Titel »Wirtschaftspolitik als Anschlußplanung: Der Forschungsbeirat für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands und die Forschungsstelle für gesamtdeutsche wirtschaftliche und soziale

37

Fragen (1952-1993)« eine umfassende Dokumentation zu dieser Problematik vor. Trotz der 30jährigen Sperrfrist, die die bundesdeutsche Seite über die Akten zur Geschichte der beiden deutschen Staaten verhängt hat, förderte er aus den bis 1983/84 freigegebenen Akten Wesentliches zur Tätigkeit des Forschungsbeirates zu Tage. Roth schrieb dazu: »Er (*der Forschungsbeirat – d. Verf.*) verfügte von Anfang an über eine doppelte

institutionelle Anbindung. Etatmäßig wurde er im weitverzweigten Archipel des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen angesiedelt und »geführt«. Politisch war er jedoch unmittelbar dem Bundeskabinett unterstellt.

Ihm sollte er – vermittelt durch einen schon im Januar 1952 gegründeten Interministeriellen Ausschuß für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands – kontinuierlich zuarbeiten. Dieses sollte auf doppelte Weise geschehen: Erstens durch die Vorlage von Empfehlungen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Sofortmaßnahmen für den Tag X, an dem sich der Alleinvertretungsanspruch der Bundesrepublik als staatlicher Nachfolger des Deutschen Reichs tatsächlich auf das Gebiet der DDR ausdehnen würde, und zweitens durch die laufende Bilanzierung von Wirtschafts- und Arbeitskräftepotential sowie Sozialbudget der DDR, um parallel zu den Akutplanungen auch die langfristige sozialökonomische Einverleibung der DDR in die »marktwirtschaftliche Ordnung« der Bundesrepublik vorzubereiten.

Für diese Aufgaben wurden dem Forschungsbeirat alle im Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen zusammenlaufenden Wirtschafts- und Sozialdaten der DDR zur Verfügung gestellt. Zusätzlich beschafften sich die westberliner Stellen des Forschungsbeirats direkt von dort ansässigen Frontverbänden des Kalten Krieges Informationen über die wirtschafts- und sozialpolitische Entwicklung ihres Untersuchungsgebiets.

Somit waren im Forschungsbeirat von Anfang an drei Hauptfunktionen vereinigt: Er fungierte als Auswertungszentrum für gegen die DDR gerichtete bundesdeutsche Wirtschaftsspionage, untersuchte die Wirtschafts- und Sozialentwicklung der DDR mit Hilfe wirtschaftswissenschaftlicher Analyse und Bilanzierungsverfahren und unterfütterte die Anschlußplanungen der Bundesregierung sowie der einschlägigen Ressorts mit seinen Grundsätzen und Handlungsempfehlungen. Der Forschungsbeirat war Datenauswertungszentrale, Wissenschaftsinstitution und Schaltstelle einer gegen die DDR

gerichteten Politikberatung in einem.«

Roth macht in der Dokumentation auch deutlich, daß die vom Forschungsbeirat angedachte Anschlußplanung »Mitteldeutschlands« nur die erste Etappe im Kampf um die Restauration des Deutschen Reiches darstellte. Nach deren Vollzug sollte die Rückgewinnung »Ostdeutschlands«, also

38

der Gebiete östlich der Oder-Neiße-Grenze, auf der Tagesordnung stehen. So überrascht es nicht, was Roth zur personellen Zusammensetzung des Forschungsbeirats feststellte: »Als Vorsitzender amtierte bis zum Sommer 1958

Friedrich Ernst, einstmals multifungibler Krisenmanager des ›Dritten Reichs‹ und zu Beginn der 50er Jahre als Graue Eminenz der Adenauerschen Wirtschaftspolitik und als Aufsichtsratsvorsitzender des AEG-Konzerns geschätzt wie gefürchtet. Ernst stand einem Forscherkreis von fünf bzw. seit 1954 zehn Agrar- und Wirtschaftswissenschaftlern vor, von denen sich einige schon während der NS-Diktatur als Wirtschaftsberater und Technokraten der Besatzungsverwaltungen hervorgetan hatten. Über diesen Forscherkreis war der Forschungsbeirat mit führenden westberliner und westdeutschen Wirtschaftsinstituten vernetzt.«⁴⁶

Zur Abwehr der gegen die Volkswirtschaft und das Verkehrswesen der DDR gerichteten Angriffe und mit dem Ziel einer weiteren Verbesserung der Abwehrarbeit ging das MfS zur direkten Objektsicherung über. In Schwerpunktbetrieben wurden Arbeitsgruppen aufgebaut oder Objektsachbearbeiter zu Sicherungsaufgaben eingesetzt.

Mit der Absicherung der Objekte der Volkswirtschaft konzentrierte sich die Arbeit der Linie III/XVIII auf die Aufklärung feindlicher Tätigkeit, die Suche nach Nazi- und Kriegsverbrechern, die Aufklärung von Konzernverbindungen und die Absicherung neuralgischer Bereiche in diversions- und sabotagegefährdeten Objekten. Verstärkt wurde auch die offizielle Zusammenarbeit mit Verantwortlichen der Betriebe und der Betriebsparteiorganisationen der SED. Unterstützt wurde diese Arbeit von Inoffiziellen Mitarbeitern, die objektbezogen tätig wurden.

Die 2. Parteikonferenz der SED 1952 und die sich aus ihr ergebenden Aufgaben zur Sicherung der Volkswirtschaft

Die 2. Parteikonferenz der SED fand vom 9. bis 12. Juli 1952 in Berlin statt. Sie beschloß den planmäßigen Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in der DDR. Auf ökonomischen Gebiet wurden als zentrale Aufgabe formuliert: Schaffung einer materiell-technischen Basis in der Industrie, Vermehrung des sozialistischen Eigentums, beschleunigte Rekonstruktion der Großbetriebe im Hüttenwesen, Bergbau, Schwermaschinenbau, in der Energiewirtschaft, Chemieindustrie und in anderen Industriezweigen auf der Basis fortgeschrittener Technologie, Überwindung der Disproportionen in der Volkswirtschaft, planmäßige Steigerung der Arbeitsproduktivität. Auf dem Gebiet der Landwirtschaft: Unterstützung der Bewegung für die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG),

39

Unzulässigkeit des Zwangs bei der Organisation der Großproduktion, Zusammenarbeit mit individuell wirtschaftenden Klein- und Mittelbauern im Rahmen der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB), korrekte Einhaltung der Verpflichtungen gegenüber dem Staat durch Großbauern.⁴⁷

Die Verwaltungsreform in der DDR

und die damit verbundenen Strukturveränderungen im MfS

Mit dem Gesetz über die weitere Demokratisierung des Aufbaus und der Arbeitsweise der staatlichen Organe in den Ländern der DDR vom 23. Juli 1952 wurde die Struktur und Arbeitsweise staatlicher Organe auf der Ebene der Kreise und Länder umgestaltet.⁴⁸ Aus den bisherigen fünf Ländern wurden 14 Bezirke gebildet und die Zahl der Kreise von 132 auf 217 erhöht. Das Stadtgebiet von Groß-Berlin blieb als selbständige Einheit bestehen. Diese Verwaltungsreform führte auch zu einer Erweiterung des Apparates des MfS durch die Bildung von Bezirksverwaltungen und die Erhöhung der Anzahl der Kreisdienststellen.

Neue gesetzliche Regelungen zum Schutz der Volkswirtschaft

Von erheblicher Bedeutung für die Tätigkeit des MfS als Abwehr- und Untersuchungsorgan war das im Mai 1952 erlassene Gesetz über die Staatsanwaltschaft. Dieses Gesetz verpflichtete die Staatsanwaltschaft, neben ihrer Aufgabe als Ermittlungsbehörde und Anklagevertretung vor Gericht die Aufsicht über die

Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit auf allen Gebieten des gesellschaftlichen Lebens in der DDR wahrzunehmen. Dies war für die Wahrung der Gesetzlichkeit im Bereich der Volkswirtschaft von besonderer Bedeutung. Im Oktober beschloß die Volkskammer das Gerichtsverfassungsgesetz und eine neue Strafprozeßordnung (StPO).

Für die Arbeit der Linie III/XVIII bildete das am 2. Oktober 1952 verabschiedete Gesetz zum Schutz des Volkseigentums und des gesellschaftlichen Eigentums eine weitere Rechtsgrundlage ihres Wirkens. Die bis dahin geltenden Strafrechtsnormen garantierten aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse nicht den Schutz gesellschaftlichen Eigentums. Mit Inkrafttreten des Strafrechtsergänzungsgesetzes (StEG) im Jahre 1957 wurde das Gesetz zum Schutz des Volkseigentums aufgehoben.

Bereits in den Jahren 1950/51 waren gesetzliche Bestimmungen, die dem Schutz der Volkswirtschaft dienten, erlassen worden, die vor allem für das Zusammenwirken mit der DVP und der späteren Zollverwaltung bedeutsam waren. Zu diesen gesetzlichen Bestimmungen gehörten das

40

Gesetz zum Schutz des innerdeutschen Handels vom 21. April 1950⁴⁹, die Verordnung zum Schutz des innerdeutschen Warenverkehrs vom 26. Juli 1951⁵⁰ und das Gesetz zur Regelung des innerdeutschen Zahlungsverkehrs vom 15. Dezember 1950⁵¹. Sie richteten sich gegen den Mißbrauch des innerdeutschen Handels und des Warenverkehrs, d. h. gegen eine illegale Verbringung von Waren, die der Sicherung einer stabilen Versorgung der Bevölkerung dienten, und untersagten den illegalen Geldtransfer von Deutscher Mark der Deutschen Notenbank (DM der DNB) nach außerhalb des Gebiets der DDR.

Zur Durchsetzung dieser Gesetze und Verordnungen wurde bei dem damaligen Ministerium für Innerdeutschen Handel, Außenhandel und Materialversorgung das *Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs*, die spätere Zollverwaltung der DDR, geschaffen.

Zu einigen ausgewählten Abwehraufgaben zur Sicherung der Volkswirtschaft der DDR und der dabei von der Linie III/XVIII und anderen operativen Dienstseinheiten des MfS erzielten Ergebnisse

Die sowjetische Spionageabwehr hatte Ende der 40er Jahre festgestellt, mit welcher Intensität insbesondere der USA-Geheimdienst vorging, um durch Anwerbung von Agenten in die Wirtschaftsbehörden der SBZ einzudringen. Parallel dazu setzte die von den USA ausgehaltene »Organisation Gehlen« ihre feindseligen Aktivitäten in den 50er Jahren fort.

Die vom MfS erlangten und überlieferten Originaldokumente aus den Jahren 1952/53 belegen das eindeutig. So erging per 23. September 1952 an die Gehlen-Quelle X 8970 der Auftrag, umfassende Informationen über die Produktion von hochwertigem Polyvinylchlorid in den SAG-Betrieben Schkopau, Wolfen und Bitterfeld zu liefern.⁵² Von speziellem Interesse waren die Handelspartner in Westeuropa, Südamerika und Fernost, die dieses Produkt kauften. In die Spionageaktivitäten einbezogen war die Lieferung von Chemikalien und Pharmazeutika aus der DDR in die volksdemokratischen Länder, nach Südamerika und Fernost. Dazu sollten außer den Agenten in den genannten SAG-Betrieben Spionagequellen in den Handelszentralen Gummi und Asbest sowie Chemie genutzt werden.

Aus weiteren von der »Organisation Gehlen« stammenden Dokumenten geht hervor, in welchen Betrieben der Chemie-, Werkzeugmaschinen-, metallurgischen und optischen Industrie sowie Einrichtungen der Deutschen Reichsbahn Sachsens, Sachsen-Anhalts und Thüringens Agenten zur Lieferung von Informationen wirtschaftlichen Charakters geworben werden sollten. Die »Organisation Gehlen« hatte auch Urantransporte aus der CSR,

41

die über die Grenzbahnhöfe der DDR in die UdSSR geleitet wurden, im Visier.

Der DDR-Bürger Willy Sch. war bei der SAG Wismut beschäftigt. Anfang der 50er Jahre stellte er sich den Sicherheitsorganen der DDR. Er war von der »Organisation Gehlen« in einem Westberliner Trefflokal zur Spionagetätigkeit erpreßt worden. Nach einer nachrichtendienstlichen Schulung erhielt er einen Decknamen sowie einen mit Bleiplatten ausgelegten Spezialkoffer zum Transport der von ihm beschafften Rohstoffproben aus dem Uran-Erzbergbau der DDR.⁵³

Bereits vor Gehlen hatte der USA-Geheimdienst in wichtigen Einrichtungen der SAG Wismut, der Verwaltung des sowjetischen Vermögens in Deutschland (USIG, d. i. *Uprawlenije Sowjetskogo Imuschtschestwa w Germanii*), und in Zulieferbetrieben der DDR-Volkswirtschaft eigene Agenten geschaffen bzw. zu werben versucht.

So hatte der USA-Geheimdienst erkundet, daß die Firma TEWA in Neustadt Nickelsiebe produzierte. Diese Siebe wurden als poröse Sperren im Gasdiffusionsprozeß bei der Herstellung von Uran 235 verwendet. Da diese Produktion von entscheidender Bedeutung für diesen Prozeß war, hatte der USA-Geheimdienst Mitarbeiter von TEWA abgeworben und in Westdeutschland angesiedelt.

Die DDR-Zulieferbetriebe für die SAG Wismut, die das Unternehmen oder Betriebe und Einrichtungen in der UdSSR mit Druckluftbohrmaschinen, speziellen Grubenlampen und gekühlten Testkammern belieferten, waren meist sowjetische Aktiengesellschaften, die der USIG unterstanden. Ein Bitterfelder Betrieb, der Kalzium für die Herstellung von Uran 235 produzierte, benötigte zur Produktion reinen Kalziums Vakuumpumpen und einen bestimmten Spezialstahl aus Westdeutschland. Diese Gerätschaften und Stahlsorten wurden über das alliierte Beschaffungssystem bei westdeutschen Firmen bestellt. Da die meisten dieser Produkte auf der Exportkontrollliste standen, stoppte das amerikanische Oberkommando für Europa die Lieferungen, wann immer es davon erfuhr.⁵⁴

Agentenzentralen wie die »KgU«, die sowohl von USA-Kassen als auch mit Senatsgeldern am Leben gehalten wurden, waren aktiv in den Wirtschaftskrieg gegen die DDR einbezogen. Seit 1951 fälschte die »KgU« Banknoten, Lebensmittelkarten und Dienstanweisungen von DDR-Behörden, um im wirtschaftlichen und staatlichen Leben Desorganisation zu bewirken. Dazu wurden von ihren Agenten gelieferte Originale von Kopfbogen mit Stempeln von Firmen und Ministerien und Unterschriften leitender Funktionäre massenhaft in ihren Fälscherwerkstätten nachgeahmt und im Gebiet der DDR

42

in Umlauf gebracht. Mit diesen gefälschten Unterlagen teilten angebliche Einrichtungen des Deutschen Innen- und Außenhandels ihren ausländischen Geschäftspartnern mit, daß vereinbarte Lieferungen nicht erfolgen könnten. Gekaufte Elemente verbrachten die gefälschten Postsendungen in den demokratischen Sektor von Berlin und warfen sie in Briefkästen der Deutschen Post.

Im Frühjahr 1953 versandte angeblich die Deutsche Notenbank an mehrere ihrer Zweigstellen telegrafische Anweisungen, unverzüglich größere Geldbeträge an eine Reihe von Betrieben auszuzahlen.

Absender der Telegramme war die »KgU«, die damit Unsicherheiten im Zahlungsverkehr auslösen wollte. Über drei Jahre (1952 bis 1955) brachte die »KgU« gefälschte Lebensmittel- und Kohlenkarten der DDR in Umlauf, um die Versorgung der Bevölkerung zu stören und Unzufriedenheit gegenüber staatlichen Stellen auszulösen.

Hatte das Oberste Gericht der DDR bereits 1952 zu den kriminellen Aktivitäten der »KgU« umfangreiche Feststellungen getroffen, sah sich selbst Ende 1957 die 10. Große Strafkammer des Landgerichts von Westberlin veranlaßt, die Fälscherpraktiken zu bestätigen. Auslöser für den Prozeß war ein gewisser Heinz Stephan. Er war 1930 Mitglied der Nazi-Partei geworden, zum SS-Obersturmbannführer avanciert und 1948 als »politischer Flüchtling« in Westberlin anerkannt worden. Als gewiefter Fälscher hatte er im Auftrag des »KgU-Chefs« Tillich den Bogen überspannt und Westberliner Politiker und Beamte des öffentlichen Dienstes bezichtigt, »kommunistische Unterwanderer« zu sein. Die Denunzierten hatten ihn angezeigt und Stephan vor Gericht gebracht.⁵⁵

Gegnerische Angriffe richteten sich gegen die Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) im Kreis Seelow (1952), die Landwirtschaft

im Kreis Wittstock (1953), die Maschinen-Traktoren-Station (MTS) Brüsewitz (1953), die Volkseigenen Betriebe (VEB) Zementwerk Göschwitz (1953) und Meißerätewerk Zwönitz (1953). Für die in den VEB aufgeklärten Straftaten wurden als Auftraggeber mit den Monopolgruppen Siemens und Krupp verbundene Kräfte ermittelt, deren Betriebe in der DDR enteignet worden waren.⁵⁶

Vor dem Obersten Gericht der DDR fanden mehrere Prozesse gegen Personen statt, die sich der Spionage und Sabotage gegen die Volkswirtschaft

der DDR schuldig gemacht hatten. Am 29. Februar 1952 erging das Urteil gegen 15 Mitglieder der Bande »Bluthunde«, welche Terror- und Sabotageverbrechen gegen die DDR verübt hatten. Hinter dieser Gruppe standen die berühmte »Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit« (KgU) und der »Bund Deutscher Jugend«.

43

Einer der Verurteilten war der in der DDR wegen Unterschlagung vorbestrafte Heinz W., der im Januar 1951 – während seiner beruflichen Tätigkeit bei der SAG Wismut – den für den USA-Geheimdienst tätigen Ewalt W. kennengelernt hatte. Gegen Geld lieferte Heinz W. mehrere Monate Informationen über die Wismut, die Einrichtung neuer Schächte mit Lagebeschreibung und erwartete Uranerzvorkommen, die Anzahl und Verteilung neuangestellter Arbeitskräfte sowie personelle Angaben über Steiger und Hauer. Im April 1951 war er mit Ewalt W. übereingekommen, für 800 DM (West) die Schraubverbindungen zweier Feldbahngleise zu lösen. Bei diesem Anschlag entgleiste ein mit Grubenloks beladener Zug und stürzte den Bahndamm hinab. Dabei wurden fünf Arbeiter verletzt. Auch ein zweiter mit Erz beladener Zug wurde zum Entgleisen gebracht. Danach flüchtete Heinz W. nach Westberlin, meldete sich in der Kuno-Fischer-Straße (Sitz der »KgU«) und schilderte im Detail die von ihm im Auftrag des USA-Geheimdienstes begangenen Verbrechen. Nachdem er dort nochmals seine Kenntnisse über seine Tätigkeit bei der SAG Wismut preisgegeben hatte, erfolgte seine Anerkennung als »politischer Flüchtling«. Im Mai 1951 schloß er sich den »Bluthunden« an, mit denen er weitere Straftaten gegen die DDR plante und durchführte.⁵⁷

Am 25. Mai 1952 verurteilte das Oberste Gericht der DDR die für die »KgU« tätige Terror- und Spionagegruppe *Burianek und andere*. Die für die Gruppe tätige Direktionssekretärin des VEB Secura Werke Berlin, Lydia Sch., war von »Schubert«, einem hauptamtlichen Mitarbeiter der »KgU«, zur Spionagetätigkeit angeworben worden. Er hatte sie wissen lassen, daß der USA-Geheimdienst an Informationen über die Belegschaftsstärke, Produktionsauflage, finanzielle Situation (Gewinne, Verluste, Gewinnabführung, staatliche Subventionen), Exportaufträge und deren Erfüllung, Übernahmeorte der Exportgüter, Zahlungsart bei Exporten, Materialversorgung (darunter Westimporte) und Materialengpässe sowie Hinweise über Werksangehörige interessiert sei. Lydia Sch. übergab Unterlagen über die Struktur und Produktionsauflagen sowie Stellungnahmen des Finanzministeriums und der Investitionsbank, Protokolle von Betriebsleiterbesprechungen, Rundschreiben und Protokolle über wichtige Produktionsberatungen ihres Betriebes und benannte zur Belegschaft gehörende Mitglieder demokratischer Parteien.⁵⁸

Auch der »Untersuchungsausschuß freiheitlicher Juristen« (UfJ) war bei der Wirtschaftsspionage gegen die DDR äußerst aktiv. Das Oberste Gericht der DDR verhandelte im Juli 1952 gegen sieben Agenten des »UfJ«.

44

Zu ihnen gehörte, der in Westberlin lebende Betriebsleiter des VEB Glühlampenwerkes Berlin, Karl N., der Konstrukteur der Abteilung Walzwerkbau im VEB Schwermaschinenbau »Heinrich Rau« Wildau, Fritz K., der Ingenieur-Konstrukteur im Ministerium für Maschinenbau der DDR, Gerhard Sch., der Dipl.-Ingenieur und Abteilungsleiter im VEB Bau-Union Stralsund, Fritz Sch., der Betriebsleiter in der Genossenschaftsmolkerei Stralsund, Paul Sch., der Lohnbuchhalter beim Deutschen Innen- und Außenhandel Metall Berlin, Rudolf F. und der Elektromechaniker Gerhard P. Alle Personen hatten unabhängig voneinander – entweder durch direkte Kontaktaufnahme oder über Bekannte bzw. Arbeitskollegen vermittelt – Verbindung zum »UfJ« bekommen. Drei hatten sich wegen einer Rechtsauskunft an diese Einrichtung gewandt. Sie alle wurden für eine Spionagetätigkeit gegen die DDR gewonnen und erhielten bis auf den in Westberlin wohnenden Karl N. einen Decknamen. Einigen von ihnen wurden aus Gründen der besseren Tarnung ihrer Agententätigkeit auch Deckadressen übergeben. Die von ihnen auftragsgemäß gelieferten Informationen betrafen Angaben über ihre Arbeitsstellen bzw. Verantwortungsbereiche. Im einzelnen lieferten sie Angaben über Im- und Exportgeschäfte, vor allem im innerdeutschen Handel, über Verfahrenstechniken zur Herstellung bestimmter

Güter, Struktur-, Produktions- und Finanzpläne, Betriebskollektivverträge, Berichte über Planerfüllung und Materialverbrauchsnormen, eingetretene Produktions- und Materialschwierigkeiten, Investitionsvorhaben, Neukonstruktionen und konkrete Hinweise über Lieferungen Westberliner und westdeutscher Firmen in die DDR. Darüber hinaus interessierten Berichte zur Lage und Stimmung in den Betrieben und Einrichtungen. In einem Fall wurden Angaben zu Reisekadern des Deutschen Innen- und Außenhandels verlangt. Fritz Sch. sorgte außerdem dafür, daß ein Spezialist aus seinem Arbeitsbereich zur Anwerbung durch den »UfJ« zugeführt wurde.⁵⁹ Der vom USA-Geheimdienst finanzierte und gesteuerte »UfJ« gelangte nicht nur unter dem Vorwand, »juristische Auskünfte« erteilen zu wollen und Hinweise über die Rechtspraxis der DDR zu sammeln, zu Informationen über unterschiedliche gesellschaftliche Bereiche der DDR. Er bediente sich auch selbst solcher westlichen Spionageorganisationen, die nicht vordergründig im Blickfeld der Abwehrorgane der DDR standen. Das betraf beispielsweise den niederländischen Geheimdienst, dessen Resident in Westberlin Informationen seiner geheimen Agenturen über die Außenhandelsbeziehungen der DDR zur Vereinigten Arabischen Republik (Region Ägypten) und zur Volksrepublik China, über den Einsatz von Spezialisten der DDR bei der Errichtung von Kraftwerks- und Energieübertragungsanlagen

45

in diesen Ländern und über die Produktion der Chemieindustrie an den »UfJ« verkaufte.

Zu den Ereignissen vom 17. Juni 1953

Mit der durch die 2. Parteikonferenz der SED 1952 eingeleiteten Entwicklungsetappe nahm der Widerstand kapitalistischer Kräfte innerhalb der DDR zu. Der Anteil des Volkseigentums an der Erzeugung der gesellschaftlichen Gesamtproduktion lag damals bei etwa 57 Prozent. Der von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften (LPG) bearbeitete Boden betrug elf bis zwölf Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in der DDR. Die Steuerrückstände in der Privatindustrie nahmen erheblich zu. Nicht wenige Besitzer verließen ihre Betriebe. Großbauern setzten der Bildung von LPG Widerstand entgegen, verließen ihre Höfe, zum Teil mitten in der Erntezeit ihre Felder. Es verendete nicht mehr betreutes Vieh. Genossenschaftsbauern und LPG-Mitglieder wurden von reaktionären Elementen mißhandelt, Vieh vergiftet, Felder verwüstet, Getreidespeicher und Scheunen in Brand gesetzt, Maschinen und Einrichtungen von Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) zerstört. Dadurch wurden absichtlich beträchtliche Verluste an landwirtschaftlichen Produkten herbeigeführt, die dringend für die Versorgung der Bevölkerung benötigt wurden. Auch das Absinken der Konsumgüterproduktion führte zu ernstesten Versorgungsschwierigkeiten.

Die Zahl der DDR-Bürger, die das Land verließ, nahm bedenkliche Ausmaße an.

Die 2. Parteikonferenz der SED beschloß den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus. Das zog den forcierten Aufbau der Schwerindustrie (ohne gesicherte Rohstoffbezüge) und die Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften nach sich. Diese Schritte fielen zusammen mit zusätzlichen Verteidigungsausgaben, die außerplanmäßig aufgebracht werden mußten. Vor diesem Hintergrund wurden die Steuerabgaben von Handwerkern, Gewerbetreibenden und Freischaffenden erhöht. Die Anhebung der Preise für verschiedene Lebensmittel und Abstriche bei sozialen Leistungen, vor allem aber die Erhöhung der Arbeitsnormen waren kontraproduktiv. Die Lebenslage verschlechterte sich spürbar. Das sah auch die Führung der KPdSU so. Am 3. und 4. Juni 1953 gab es in Moskau eine Beratung mit Mitgliedern der Parteiführung der SED. Danach erfolgte eine Kurskorrektur, die Maßnahmen wurden – bis auf die Normerhöhung – zurückgenommen. Am 9. und 11. Juni 1953 wurden entsprechende Entscheidungen gefaßt und veröffentlicht. Die Normerhöhungen, die zurecht besonderen Unmut hervorgerufen hatten, wurden erst am 16. Juni per Ministerratsbeschluß korrigiert.

46

Dennoch kam es zu Arbeitsniederlegungen und zu öffentlichen Protesten. Namentlich in Berlin kam es dabei zu Zusammenstößen von Demonstranten und Ordnungskräften. Die Konfrontation eskalierte, als am 17. Juni Provokateure aus dem Westteil der Stadt sich unter die Demonstranten mischten und erkennbar die unübersichtliche Lage anheizten. Aus der

ursprünglichen Unmutsbekundung, die durchaus einen verständlichen Grund hatte, wurde zunehmend eine von außerhalb gesteuerte politische Aktion. Dabei tat sich besonders der Rundfunk im amerikanischen Sektor Berlins, der RIAS, hervor. Einrichtungen des Handels, Büros von Organisationen und staatlichen Dienststellen wurden zerstört oder in Brand gesetzt, Bürger, die sich solchen Ausschreitungen in den Weg zu stellen versuchten, drangsaliert und mißhandelt, einzelne Haftanstalten gestürmt.

In einem Prozeß, der im Jahre 1955 vor dem Obersten Gericht der DDR gegen fünf für den RIAS tätige Agenten stattfand, wurde im Urteil ein Dokument von RIAS-Direktors G. A. Ewing zitiert. »An Verteiler: ? (unleserlich).

Es wird gebeten, dafür Sorge zu tragen, daß im Falle möglicher Abspermaßnahmen seitens der VOPO (*gemeint war die Deutsche Volkspolizei – d. Verf.*) an den Zonenübergangsstellen eigene VM (*Vertrauensmänner – d. Verf.*) anwesend sind, um Berichte entgegen zu nehmen bzw.

Anweisungen zu übermitteln. Als Hauptübermittlungsstelle wurde festgelegt: Glienicker Brücke. Nähere Anweisung erfolgt bei Bedarf. Die VM sind besonders darauf hinzuweisen, daß schnellste Übermittlung über den Stand der Arbeiterschaft und der Wirksamkeit der RIAS-Sendungen, von großer Bedeutung ist. VM aus den Betrieben der Zone sind über obige Auffangstelle zu unterrichten.«⁶⁰

Mit den Unruhen in Berlin und in der DDR waren im Westen große Hoffnungen verbunden. Dies verdeutlichte nicht nur die Anwesenheit führender Politiker, Wirtschaftskapitäne und Militärs sowie Vertreter des »Forschungsbeirats für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« in Westberlin in jenen Tagen. Es zeigte sich auch im auflebenden Börsenhandel mit Aktien ehemaliger Konzernbetriebe in der DDR und in verstärkten Aktivitäten westlicher Geheimdienste.

Inzwischen hat die im Jahr 2000 erfolgte Veröffentlichung eines früheren Geheimdokuments aus der UdSSR zur sowjetischen Deutschlandpolitik neue Hinweise zu diesen Vorgängen erbracht. In einer Fußnote (Nummer 18) dieses Dokumentes versteckt merkte der Kommentator an »Die zurückhaltende und mäßigende Haltung der westlichen Schutzmächte im Juni 1953 ist allgemein bekannt, weniger hingegen, daß in den NATO-Gremien in diesem

47

Zusammenhang auch das militärische Eskalationspotential der ›deutschen Frage‹ unmittelbar thematisiert wurde.«⁶¹

Was »militärisches Eskalationspotential« bedeutet, ist hinlänglich bekannt: Man hatte also auch 1953 in der NATO darauf spekuliert, von einer inneren Schwäche eines »Feindstaates« profitieren zu können. Und falls das nicht genügte, hätte man – wie in vielen anderen Fällen praktiziert – gern nachgeholfen. Die Sowjetunion begriff, daß damit nicht nur die DDR, sondern auch sie selbst ein Problem hatte: Sie konnte und wollte die DDR nicht preisgeben. Dafür hatte sie einen millionenfachen Blutzoll bei der Niederschlagung des Hitlerfaschismus gezahlt. Ihr Militärkommandant rief in Berlin den Ausnahmezustand aus und setzte Militär zur Herstellung von Ruhe und Ordnung ein. In etlichen Kreisstädten verhängte die Besatzungsmacht ebenfalls den Ausnahmezustand. In der Mehrzahl der Kreise, auch das gehört zur historischen Wahrheit, kam es zu keinerlei Vorkommnissen und Zwischenfällen. Auch die SED-Führung betrieb Ursachenforschung und kam zu der Auffassung, daß es sich um einen faschistischen Putsch gehandelt habe. Dem MfS wurde angelastet – wie bereits anderenorts ausgeführt –, die Gefahr nicht rechtzeitig erkannt zu haben. Offenkundig gebe es in Betrieben und Einrichtungen der DDR nicht genügend geheime Mitarbeiter. Die unmittelbare Folge war die Ablösung des Ministers und die Umwandlung des MfS in ein Staatssekretariat, das dem Ministerium des Innern (MdI) unterstellt wurde.⁶²

Selbstkritisch muß festgestellt werden, daß der Apparat des MfS in der Tat noch erhebliche Schwächen hinsichtlich der Abwehr- und Aufklärungstätigkeit aufwies. Das galt aber wohl für die meisten der noch im Aufbau befindlichen Institutionen. Und überdies ignorierte eine derartige Schuldzuweisung, daß es mehrheitlich politische Gründe für die Staatskrise gab. Die politische Verantwortung in der DDR trug aber bekanntlich nicht das MfS. Ungeachtet eigener wirtschaftlicher Probleme und Schwierigkeiten verzichtete die UdSSR (in Übereinstimmung mit der Regierung der VR Polen)

mit Wirkung vom 1. Januar 1954 auf die von der DDR noch zu zahlenden Reparationen in Höhe von 2.537 Millionen Dollar und übergab die Sowjetischen Aktiengesellschaften (SAG) an die DDR, darunter die Leuna-Werke, die Chemischen Werke Buna, drei Magdeburger Schwermaschinenbaubetriebe, die Filmfabrik Agfa Wolfen und die Elektro-Apparate-Werke in Berlin-Treptow im Gesamtwert von 13,5 Milliarden Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM der DNB). Darüber hinaus gewährte die Sowjetunion einen Kredit in Höhe von 485 Millionen Rubel und stockte das bestehende

48

Handelsabkommen um 100 Millionen Rubel auf. Die Anstrengungen der Werktätigen der DDR und diese Hilfsmaßnahmen führten in der Folgezeit zu einer relativen Stabilisierung der DDR-Volkswirtschaft.

Daß der 17. Juni 1953 eben nicht der »Volksaufstand« war, den die Bonner Propaganda in ihre Rituale aufnahm, sondern maßgeblich auch von außen beeinflusst wurde, bestätigte Egon Bahr, der damals beim RIAS tätig war. »Am Nachmittag des 16. Juni 1953 erschien eine Abordnung der Streikenden mit dem Wunsch, der RIAS solle zum Aufstand in der Zone aufrufen«, berichtete er in seinen Erinnerungen. Er habe ihnen gegenüber seine Bedenken artikuliert, worauf diese Männer – sofern sie wirklich jene waren, für die sie sich ausgaben – enttäuscht waren. »Wir hatten sie etwas beruhigt, indem wir mit ihnen zusammen ihre Forderungen formulierten, fünf oder sechs Punkte aufschrieben und ihnen zusagten, wir würden diese Forderungen des Streikkomitees senden.«

Egon Bahr resümierte: »Gerade weil es keine Organisation (*auf seiten der Streikenden – d. Verf.*) gegeben hatte, war unbestreitbar: Der RIAS war, ohne es zu wollen, zum Katalysator des Aufstandes geworden. Ohne den RIAS hätte es den Aufstand so nicht gegeben.«⁶³ Dem ist absolut zuzustimmen. *Zur Abwehrarbeit des Staatssekretariats für Staatssicherheit in der Landwirtschaft und zu seinem Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei*

Das eingeschlagene Tempo bei der Umgestaltung der Landwirtschaft wirkte sich negativ auf die Versorgung der Bevölkerung und die Stimmung unter den Bauern aus. Hilfreiche Maßnahmen konnten ihre Wirkung unter solchen Bedingungen nur schlecht entfalten. Da war das »Gesetz zum Schutze der Arbeitskraft der in der Landwirtschaft Beschäftigten – Landarbeiterschutzgesetz«, das die Provisorische Volkskammer am 17. Dezember 1949 verabschiedet hatte. Es regelte Arbeitszeit, Tariflohn, Urlaub und setzte der Ausbeutung der Landarbeiter durch Großbauern enge Grenzen. Weiterhin hatte die Provisorische Volkskammer am 8. September 1950 das »Gesetz über die weitere Verbesserung der Lage der ehemaligen Umsiedler« und das »Gesetz über die Entschuldung und Kredithilfe für Klein- und Mittelbauern« erlassen.

Der Ministerrat der DDR hatte am 17. Januar 1951 eine Tarifsenkung bei Leistungen der Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS) für werktätige Bauern um durchschnittlich 30 Prozent beschlossen. (In der Zeit von 1950 bis 1952 hatte sich der Traktorenbestand [umgerechnet auf 30 PS] auf 22.185 fast verdop-

49

pelt.) Am 25. April 1952 verfügte der Ministerrat Vergünstigungen für die LPG. Die Genossenschaftsbauern erhielten Steuerermäßigungen von 25 Prozent. Die MAS wurden verpflichtet, für die LPG zu niedrigsten Tarifen zu arbeiten. Trotzdem war es ein Faktum, daß sich ausgeprägte, über Generationen gewachsene Traditionen nicht binnen kurzem verändern ließen. Es handelte sich um tiefgreifende gesellschaftliche und soziale und damit auch um mentale Veränderungen.

In einer solchen Umbruchsituation fanden »kritische Stimmen« offene Ohren. Aus der Bundesrepublik erfolgte eine massive Verstärkung dieser Stimmen. Sie hatten den Charakter von Hetze und Zersetzung. Darüber hinaus setzten westliche Geheimdienste, insbesondere der USA-Geheimdienst und seine westdeutschen und Westberliner Hilfsorganisationen, all ihre Talente auf dem Gebiet der psychologischen Kriegführung in dieser Richtung ein, wohl wissend, daß Versorgungsschwierigkeiten zu schwerwiegenden Reaktionen bei der Bevölkerung führen konnten. So berichtete die CIA fortgesetzt über die durch ihre Spionageaktivitäten erlangten Kenntnisse zur wirtschaftlichen Lage in der DDR an zuständige staatliche Einrichtungen der USA. Diese Informationen betrafen die Versorgungssituation

insbesondere mit Lebensmitteln, die Lage in der Landwirtschaft – speziell zu den mit Neugründungen von LPG verbundenen Problemen –, den Mangel an Treibstoff für Traktoren sowie Maßnahmen der DDR-Seite zur Eindämmung der Abwanderung von Bürgern der DDR, darunter aus der Landwirtschaft. Oft lieferten solche Informationen den Anlaß für eine Verschärfung des Wirtschaftskrieges gegen die DDR, d. h. für umfassende Embargomaßnahmen.

Auch der »UfJ« arbeitete der CIA fleißig zu. So lieferten im Jahre 1952 »UfJ«-Agenten, die in DDR-Unternehmen tätig waren, Informationen über mehr als vierhundert Handels- und Liefervereinbarungen zwischen DDR-Behörden und westdeutschen Firmen, die angeblich gegen das US-amerikanische Handelsverbot verstießen. Dies führte in der BRD zur Festnahme von etwa 800 Händlern, die an diesen Abschlüssen beteiligt waren, und zur Unterbindung von Waren- und Rohstofflieferungen aus der Bundesrepublik in die DDR im Wert von 800 Millionen Mark.⁶⁴ Mit dem Übergang der Landwirtschaft zur Großraumbewirtschaftung wurde deren Sicherung zu einem Schwerpunkt der Abwehrarbeit der Linie III/XVIII, vor allem in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen. Dazu wurde am 30. Dezember 1953 die Dienstanweisung Nr. 47/53 »Über die erhöhte Arbeit der Organe für Staatssicherheit in der Landwirtschaft« erlassen. Danach sollten durch offensive Arbeit vor Ort in MAS und LPG vorbeugende Maß-

50

nahmen eingeleitet werden, um von der Landwirtschaft Schaden durch kriminelle Machenschaften oder Feindtätigkeit abzuwenden.

Die Dienstanweisung Nr. 45/54 für die Arbeit der Organe für Staatssicherheit in der Landwirtschaft vom 2. September 1954 forderte von den Leitern der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, energischer gegen Erscheinungen der Zersetzungstätigkeit in den ländlichen Gebieten vorzugehen. Dazu rechnete die Verbreitung von Gerüchten, die Verteilung von Flugblättern, deren Inhalt sich gegen die Bildung von LPG richtete, die Mißachtung von Tierseuchenbestimmungen etc. Als Voraussetzung dafür wurde eine weitere Qualifizierung der inoffiziellen Arbeit und der Auswertungs- und Informationstätigkeit gefordert.

Gemeinsam mit der Deutschen Volkspolizei und den örtlichen Organen der Staatsmacht gelang es, Schäden in der Landwirtschaft abzuwenden bzw. zumindest zurückzudrängen. So konnte u. a. verhindert werden, daß Kleinbauern durch die Ausleihe von Landmaschinen bei Großbauern in materielle Abhängigkeit gerieten oder durch gezielte Einflußnahme vom Eintritt in die LPG abgehalten wurden.

Viel gravierender jedoch war, daß Großbauern ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkamen, daß sie die Ernter und Aufkäufer mit Hunden von den Höfen trieben oder mit Sand gemischtes minderwertiges Saatgut drillten, um so die Erträge zu mindern.

Auch die vorsätzliche bzw. grob fahrlässige Vernachlässigung von Seuchenschutzbestimmungen führte zur Vernichtung von Tierbeständen in ganzen

Dörfern. Oftmals konnten bei Brandschutzkontrollen in großem Umfange versteckte Getreidevorräte oder andere für die Versorgung notwendige Nahrungsmittel gefunden und den Erfassungsbetrieben zugeführt werden.⁶⁵

Der Koreakrieg und seine wirtschaftsrelevanten Auswirkungen auf den Kalten Krieg in Europa

Der 1950 in Korea ausgebrochene heiße Krieg steigerte das Mißtrauen zwischen den Großmächten. Das erhöhte auch Besorgnis und Furcht in ihren jeweiligen Einflußgebieten. Forciert wurde die Angst durch die Remilitarisierung der Bundesrepublik. »Während der Koreakrieg zu einem Stellungskrieg wurde, blieb in Washington und im NATO-Hauptquartier die Sorge vor dem Ausbruch eines Ost-West-Konfliktes in Europa virulent«, erinnerten sich 1997 die Geheimdienstler Bailey, Kondraschow und Murphy. »In einer NSC-Direktive⁶⁶ vom 23. Oktober 1951 wurde empfohlen, in sowjetisch kontrollierten Gebieten Widerstandszellen zu bilden und deren Verfügbarkeit im Kriegsfall sicherzustellen. Für die deutsche OPC-Station⁶⁷ bedeu-

51

tete dies, »ruhende« Kräfte in Ostdeutschland zu gewinnen – das sind mit Funkgeräten auszurüstende Geheimagenten, die in »normalen« Zeiten inaktiv bleiben, um im Kriegsfall aktiv zu werden. Da dafür mit Vorliebe Kandidaten ausgewählt wurden, die sowohl eine »erwiesene Motivation« besaßen,

zugleich aber mit den Verhältnissen in der DDR gut vertraut waren, fiel der Blick automatisch auf die Freiheitlichen Juristen.«

Trotz Warnung eines leitenden Mitarbeiters der CIA, die »gegnerischen Dienste« – gemeint waren die sowjetische und DDR-Spionageabwehr – könnten dadurch problemlos die Freiheitlichen Juristen als paramilitärische Truppe verfolgen, beschloß das CIA-Hauptquartier deren Instrumentalisierung. Weiter hieß es bei Bailey, Kondraschow und Murphy: »Im Zuge der Säuberung nach dem Aufstand vom 17. Juni 1953 wurde eine Reihe von Agenten aus dem Netzwerk des Untersuchungsausschusses verhaftet, die als Angehörige der Organisation Gehlen bezeichnet wurden. Die Verbindung zur Organisation Gehlen wurde zum Teil vermutlich deshalb hergestellt, weil sich der Chefagent, ein ehemaliger hochrangiger deutscher Marineoffizier, dem die Leitung des paramilitärischen Projektes anvertraut worden war, als Mitarbeiter der Organisation Gehlen entpuppte.«

»Das Netzwerk war in Dreierzellen organisiert worden, die theoretisch keinerlei Verbindung zueinander hatten. Wie der Untersuchungsbericht von der Berliner Organisationsbasis (BOB) nach dem Scheitern der Operation feststellte, hatten sich in Wirklichkeit aber fast alle Mitglieder der CIA untereinander gekannt. Schon bevor es zur Realisierung des Projektes kam, hatten die CIA aufgrund ihrer Erfahrungen im Korea-Krieg die Absicht, wie es heißt in alter OSS-Tradition⁶⁸, das ganze Arsenal der im Krieg angewandten Methoden einzusetzen, um die DDR in ihren Fundamenten zu erschüttern und im Umfeld der dort stationierten sowjetischen Truppen ein solches Chaos anzurichten, daß ein Angriff nach koreanischem Muster unmöglich war.«⁶⁹ Für diese Unterstellung, die UdSSR und deren Verbündete in Europa beabsichtigten irgendwelche militärischen Abenteuer, blieben die Geheimdienststrategen der USA die Beweise allerdings schuldig.

In dieser zugespitzten Lage wurde von der SED- und Staatsführung beschlossen, in der DDR mit dem Aufbau der Kasernierten Volkspolizei aus den Beständen der ehemaligen Bereitschaftspolizei zu beginnen. Deren Aufbau und Ausrüstung belastete die Volkswirtschaft nicht unerheblich.

Der mit dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 und der damit einhergehenden Verschärfung des Ost-West-Konfliktes verbundene Rüstungswettlauf in den kapitalistischen Hauptländern führte zu einer steigenden Nachfrage nach Maschinen und Ausrüstungen. Er bot der westdeutschen Industrie und dem

52

Außenhandel äußerst günstige Bedingungen zur Steigerung der Produktion und des Absatzes und führte begleitend zur Aufhebung der von den westlichen Besatzungsmächten verhängten wirtschaftlichen Beschränkungen. Damit wurde der sogenannte »Koreaboom« ausgelöst. Die Industrieproduktion der BRD stieg von Juni bis November 1950 um 25 Prozent, der Export erhöhte sich 1950 gegenüber 1948 um das Doppelte. Am 3. April 1950 unterzeichneten die Hohen Kommissare der Westmächte ein Abkommen über die Aufhebung von Beschränkungen für die BRD-Industrie, das die Freigabe von Werkzeugmaschinen aller Art, von synthetischen Gummi und Benzin, die Erhöhung der Stahlproduktion und Erleichterungen für den Schiffsbau vorsah. Gleichzeitig verlangte am 3. Dezember 1950 die (West-) Alliierte Hohe Kommission von der Bundesregierung die konsequente Einhaltung der Embargobestimmungen im Handel mit der DDR und den sozialistischen Ländern. Diese Bestimmungen verboten die Lieferung von angeblich strategischem Material (Stahl, Kraftfahrzeuge) in den sozialistischen Wirtschaftsbereich.

Mit dem am 27. Juli 1953 in Kraft getretenen Waffenstillstandsabkommen in Korea zeichneten sich Möglichkeiten einer internationalen Entspannung ab. Am 4. August 1953 schlug Moskau den Regierungen der Westalliierten vor, eine Außenministerkonferenz zu Fragen der Rüstungsbeschränkung und des Abschlusses eines Friedensvertrages mit Deutschland abzuhalten. (Diese Konferenz fand vom 28. Januar bis 18. Februar 1954 in Berlin statt. Sie endete infolge der gegensätzlichen Positionen in der Deutschlandfrage ergebnislos.)

Kaum war das Waffenstillstandsabkommen in Korea unterzeichnet, erließ General Gehlen den »Generellen Auftrag für Alle«, der sich an seine in der DDR tätigen Agenturen richtete. (Bei einigen dieser Agenten wurde nach Festnahme durch das MfS der Befehl für den »Ernstfall« auf Bromsilberfolie sichergestellt, das war ein Negativ in Miniformat, welches sich zu winzigen

Knöllchen zusammenrollen ließ.) Der Inhalt war eindeutig auf militärische Auseinandersetzungen zugeschnitten, enthielt in diesem Zusammenhang aber auch die DDR-Volkswirtschaft betreffende Aufträge. So hieß es in Punkt 11: »Feststellung aller kriegswirtschaftlichen Maßnahmen der DDR ... Dabei interessieren einmal der jeweilige Leistungsstand der Wehrwirtschaftsindustrie (Rüstungsbetriebe, energieerzeugende Betriebe, Betriebe der chemischen Grundstoffindustrie und Hydrier-Werke), der Auswirkungen alliierter Luftangriffe auf Betriebe sowie Versuche, ihre Produktion in Gang zu halten. Weiter interessieren rüstungstechnische Neuerungen, besonders die Vorbereitung und Herstellung neuartiger Waffen und neuartige Kriegsgeräte.«

53

In Punkt 13 wurde gefordert: »Erfassung und Aufteilung des Menschenpotentials der DDR für die verschiedenen Sparten der Wirtschaft einerseits und auf Wehrmacht und Wehrmachtshilfsdienste andererseits.«

Im Punkt 14 wurde gefragt: »Wie ist die Ernährung der Bevölkerung?«⁷⁰ Allein die Sprache verriet Geist und Absicht der Urheber.

Zur Aufklärung von Vorkommnissen

in der Kohle- und kohleverarbeitenden Industrie

Die Linie III/XVIII hatte damals gemeinsam mit den Organen des Ministeriums des Innern und zuständigen staatlichen Kontrollorganen intensiv an der Aufklärung von Vorkommnissen in der Energiewirtschaft und kohleverarbeitenden Industrie gearbeitet. Im Mittelpunkt standen die Aufklärung der Ursachen einer schweren Kohlenstaubexplosion in der Brikettfabrik Borna am 13. Januar 1954, der Explosionen in den Kraftwerken der Brikettfabriken »Friedenswacht« am 15. März 1954, »John Schehr« am 27. April 1954 sowie im Kraftwerk Nachterstädt am 3. Mai 1954.

Das Staatssekretariat für Staatssicherheit (SfS) verfügte noch nicht über Struktureinheiten, die sich mit der kriminalistischen Aufklärung und Untersuchung von Katastrophen, Havarien und Bränden befaßten. Mit der Dienstanweisung Nr. 55/54 vom 18. November 1954 des Stellvertreters des Staatssekretärs wurde in der Hauptabteilung III/XVIII eine Operativgruppe gebildet, die die feindliche Tätigkeit in der Kohleindustrie bearbeitete. Sie sollte vor allem die operative Arbeit der Bezirksverwaltungen koordinieren, in deren Verantwortungsbereich Braun- bzw. Steinkohle gefördert wurde. Das betraf die BV Cottbus, Leipzig, Halle und Karl-Marx-Stadt.

Die in dieser Zeit merklich gestiegene Anzahl von Bränden, Havarien und Störungen besonders in der Braunkohle und schwerer Unfälle mit tragischen Ausgang für Beschäftigte in der Kohleindustrie machten es erforderlich, wirkungsvoll vorzubeugen und die inoffizielle Arbeit weiter zu qualifizieren. Daraus ergab sich ein enges Zusammenwirken mit verschiedenen Dienstzweigen der Deutschen Volkspolizei, der Technischen Bergbauinspektion, den Arbeitsschutzinspektionen und Sicherheitsinspektionen aller Bergbaubetriebe. Konkret wurde mit Experten aus wissenschaftlichen und technischen Instituten, darunter aus dem am 28. April 1952 gebildeten Kriminaltechnischen Institut (KTI) der Deutschen Volkspolizei, bei der Begutachtung von Prozeßabläufen, havarierten Geräten oder stofflichen Untersuchungen eng kooperiert.

Im Ergebnis des Zusammenwirkens der Sicherheitsorgane, staatlichen Kontrollbehörden und wissenschaftlichen Einrichtungen konnten speziell

54

im Steinkohlebergbau schwere Vorkommnisse aufgeklärt und Personen ermittelt werden, die im dringenden Tatverdacht standen, für diese Vorkommnisse verantwortlich zu sein. Sie wurden den Justizbehörden übergeben.

So verurteilte im Zusammenhang mit der Aufklärung des schweren Grubenunglücks im Steinkohlenrevier im Zwickau-Oelsnitzer Raum im Juli 1952 das Oberste Gericht der DDR sieben verantwortliche Betriebsangehörige des Martin-Hoop-Werkes. Bei den Verurteilten handelte es sich um den Technischen Oberleiter und Hauptingenieur des Martin-Hoop-Werkes, den Betriebsleiter des Martin-Hoop-Schachtes IV, den Grubeninspektor, drei Steiger und einen Brandspürer. Sie hatten in unterschiedlichem Umfang unter Mißachtung gesetzlicher Bestimmungen infolge Nachlässigkeit, Gleichgültigkeit und Duldung von Mißständen in der Wetterführung Schuld an einer der größten Bergwerkskatastrophen der DDR.

Dem Grubenbrand am 19. April 1952 waren 48 Bergleute zum Opfer gefallen, 27 Bergmänner waren verletzt worden, einige von ihnen schwer.

Infolge des Grubenbrandes mußte die gesamte Abteilung 9 des Schachtes stillgelegt werden. Der Sachschaden betrug 5 Millionen Deutsche Mark der Deutschen Notenbank (DM der DNB).

Der Martin-Hoop-Schacht IV war Ende 1946 neu aufgeschlossen worden, der Abbau begann am 1. Juli 1948.

Bei drei Kontrollen der Arbeitsschutzinspektion Zwickau und zwei Kontrollen der Technischen Bergbauinspektion war auf schwere Mängel in der Wetterführung hingewiesen und waren konkrete Auflagen zur Veränderung der Situation erteilt worden. Die Werkleitung meldete jedesmal, daß die Mängel beseitigt seien. Sie empfand die Kontrollen als »lästige Schnüffelei«. Die Untersuchungen hatten ergeben, daß der Abbau der Kohle teilweise entgegen allen bergmännischen Regeln und Erfahrungen erfolgte, Investitionsmittel zur Verbesserung der Wetterführung anderweitig eingesetzt, Kontrollen vor Ort durch die Sicherheitsinspektion des Werkes vernachlässigt, verantwortliche Steiger sporadisch, oft nur vom Schreibtisch aus, angeleitet, technische Hilfsmittel und Gerätschaften nicht eingesetzt oder ihr Einsatz bewußt verzögert wurden. Selbst das Verhalten der Verantwortlichen am Katastrophentag war von Kopflösigkeit bis zur vorsätzlichen Untätigkeit des Brandspürers geprägt.⁷¹

Ein gravierender Fall von Sabotageverbrechen hatte sich Anfang der 50er Jahre im Zwickau-Oelsnitzer Steinkohlenrevier zugetragen. Er wurde nach umfassender Aufklärung im September 1953 vor dem Obersten Gericht der DDR verhandelt.

55

Angeklagt waren der Professor für Bergbaukunde an der Bergakademie Freiberg, Prof. Dr. Otto F., die Dipl.-Bergingenieure und Technischen Leiter des Martin-Hoop-Werkes, Wilhelm K., und des Werkes Deutschland, Hans H., der Dipl.-Bergingenieur und Leiter der Abteilung Planung der VVB Steinkohle Zwickau, Georg B., der Bergtechniker und Obersteiger des Karl-Marx-Werkes Zwickau, Bruno F., der Dipl.-Berg- und Planungsingenieur Herbert K. und der Dipl.-Bergingenieur Conrad K., beide vom Projektierungs- und Konstruktionsbüro Berlin, Außenstelle Zwickau.

Außer Bruno F. waren alle Angeklagten im früheren deutschen schlesischen Steinkohlebergbau tätig gewesen und hatten vorwiegend dort ihre bergmännische Ausbildung erhalten.

Sofern sie in der Vergangenheit Mitglieder der Nazi-Partei oder ihrer Gliederungen oder gar im Dienste der Gestapo oder der faschistischen Abwehr standen, hatten sie das größtenteils bis zur Aufdeckung ihrer Straftaten verschwiegen. So war Prof. F. nachweislich Gestapo-Spitzel, Hans H. Mitarbeiter der Gestapo und Leiter eines Lagers für sowjetische Kriegsgefangene, von denen er nachweislich einen mißhandelte und Weisungen zur Verschärfung des Lagerregimes insgesamt erteilte. Er gehörte seit 1938 der Nazipartei an und wurde 1939 stellvertretender Abwehrbeauftragter für die Gewerkschaft »Morgenstern« in Zwickau.

Bruno F., seit 1934 Mitglied der Nazipartei, wurde 1945 für kurze Zeit wegen Mißhandlung eines sowjetischen Kriegsgefangenen inhaftiert und zunächst als Reviersteiger abgelöst.

Herbert K., Anwärter der Nazipartei, arbeitete 1943 als Betriebsführer der Grube »Neue Helene« bei Beuthen, er war Technischer Sonderführer im Range eines Hauptmanns und im Jahre 1944, als Betriebsleiter der Erzgrube Bolelaus-Ulysses, Abwehrbeauftragter der Gestapo. Conrad K. war 1935 der Nazipartei beigetreten und seit diesem Zeitpunkt Scharführer der SA.

Nach Feststellung des Gerichts lehnten alle die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR ab und widersetzten sich ihr aktiv. Sie lieferten detaillierte Informationen an Kohlekonzerne in der Bundesrepublik über die Steinkohleförderung im Zwickau-Oelsnitzer Revier und über wissenschaftliche Arbeiten an der Bergakademie Freiberg. Damit lieferten sie Munition für Sabotagehandlungen.

Ihre Nachrichten wurden an westliche Geheimdienste

weitergereicht. Professor F. lieferte auch Informationen über die Produktion und geplante Aufbereitungsprojekte polnischer Steinkohlewerke sowie über Verhandlungen mit der polnischen Plankommission.

Da die Angeklagten in leitenden Stellungen arbeiteten, waren sie auch in der Lage, den Aufschluß trächtiger Kohlevorkommen zu behindern. Die für

56

das Nordfeld bereitgestellte Lokförderanlage blieb drei Jahre ungenutzt stehen

und verrottete. Sie waren maßgeblich daran beteiligt, daß der sogenannte Blindortversatz eingeführt wurde. Das bedeutete nicht nur eine Verschlechterung der Wetterverhältnisse und damit der Arbeitsbedingungen.

Gleichzeitig führte diese Abbaumethode zu einem erheblichen Anstieg von Grubenbränden, die beträchtliche Sachschäden anrichteten und in Einzelfällen Menschenleben kosteten.

Nach der Katastrophe auf Schacht »Martin Hoop IV« im April 1952 und der bei der Untersuchung aufgedeckten Ursachen wurde der Blindortversatz eingestellt.

Bruno F. vernachlässigte seine Kontrollpflicht und duldete, daß an Verwerfungen Kohle stehen blieb, was die Entstehung von Grubenbränden begünstigte und zu Materialschäden und Produktionsausfällen größeren Ausmaßes führte. Ein Brand im August 1952, der am Verwerfen der oberen Strecke 863 durch stehengebliebene Kohle entstanden war, verursachte einen Schaden von 500.000 Mark.

Darüber hinaus wurden der Einsatz von Fördertechnik und anderer Hilfsmittel verzögert oder an dafür nicht vorgesehenen Orten bereitgestellt, so daß sich umfangreiche Umsetzarbeiten erforderlich machten. Um die Förderleistung für Steinkohle zu vermindern, wurden Gesteinsarbeiten zur Aufschließung neuer Kohleabbau für längere Zeit eingestellt, eine ausreichende Materialversorgung verhindert, Maschinenräume mit falschen Ausmaßen aufgefahren und ein wichtiger Hauptwetterquerschlag nicht angelegt, dessen Fehlen ursächlich für das Ausmaß des Grubenunglücks vom 19. April 1952 war.

Wassergutgewichte wurden entgegen den Festlegungen der Revisionskommission falsch festgelegt, wodurch ein jährlicher Abbauverlust von 6.000 Tonnen Steinkohle eintrat und umfangreiche Nachprüfungsarbeiten in Gang gesetzt werden mußten.⁷²

Der in einem getrennten Verfahren abgeurteilte Markscheider und Steiger Ludwig K., welcher zuletzt als Grubeninspektor im Karl-Marx-Werk tätig war, hatte bereits im Jahre 1946 über Hans H. Verbindung zur Gruppierung um Prof. F. bekommen. Auch er hatte eine Nazikarriere hinter sich: Im Jahre 1937 war er der NSDAP beigetreten und 1938 vom »Stahlhelm« in die SA übernommen worden. Als Mitglied der SA gehörte er der Standarte 181, einer berüchtigten Schläger- und Mordkolonne der Nazis, an und beteiligte sich aktiv am Boykott jüdischer Mitbürger.

Ludwig K. hatte bereits 1946 den Blindortversatz im Karl-Marx-Werk eingeführt, wohl wissend, daß diese Abbaumethode die Gefahr von Grubenbränden und damit die Vernichtung von Volkseigentum erhöht und zur Hem-

57

mung der Steinkohleproduktion führt. Trotz einer Schlagwetterexplosion im Herbst 1946, bei der zwei Bergleute getötet wurden, ordnete er verstärkt den Blindortversatz an. Infolge großer Teufe ohnehin schon erwärmter Wetter wurden diese zusätzlich aufgeheizt. In den stehengebliebenen Hohlräumen wurden dadurch Wetterkurzschlüsse hervorgerufen, die bedeutende Wetterverluste herbeiführten und die Arbeitsbedingungen vor Ort erheblich erschwerten.

Gemeinsam mit Bruno F. vermochte er über mehrere Monate hinweg die elektrische Lokförderung zu hintertreiben. Die Arbeiten zur Schaffung einer förderfähigen Verbindung zwischen den Karl-Marx-Werken I und II verzögerte er um neun Monate.

Durch Abzug von Vortriebskolonnen und Unterlassungen von Versuchsbohrungen wurden der Kohleabbau um sechs Wochen verzögert und damit täglich 120 t Kohle der Volkswirtschaft entzogen. Die achtmonatige Verzögerung des Abbaus der Strecke 863a führte zu einem weiteren Verlust von 9.000 t Kohle. Bedingt durch einen Brand war die Strecke später überhaupt nicht mehr abbaufähig. Bevorzugt abgebaut wurden stattdessen weniger mächtige Flöze mit einem hohen Prozentsatz Abraum.

Da er das Verschlämmen eines eingestürzten Abbaus nicht kontrollierte und einen kurzen Querschlag zur Wetterstrecke hatte treiben lassen, konnte bei einem Grubenbrand im August 1952 das Feuer auf andere Abteilungen übergreifen. Deshalb mußten die III. und IV. Abteilung des Karl-Marx-Werkes aufgegeben werden. Damit fiel ein Drittel der Fördermenge aus und es trat ein Materialschaden in Höhe von 700.000 Mark ein. Da Ludwig K. befürchtete, dafür zur Verantwortung gezogen zu werden, beabsichtigte er sich nach Westberlin abzusetzen, um dort als »politischer Flüchtling« anerkannt zu werden. Er nahm Pläne, Grubenrisse, Berichte über Brände und andere Vorkommnisse

mit nach Hause, um sie nach seiner Flucht daran interessierten westlichen Geheimdiensten zu übergeben.⁷³

Die Volkswirtschaft im Visier von Gehlen

Die Abwehrorgane konnten in diesem Zeitraum der »Organisation Gehlen« erhebliche Schläge versetzen. Unter den enttarnten Spionen befanden sich nicht wenige, die aufgrund ihrer zum Teil exponierten beruflichen Stellung in der Lage waren, umfangreiche geheimzuhaltende Informationen und Unterlagen über die Volkswirtschaft der DDR auszuliefern.

Zu den mit Gehlens Spionagegruppe »Haase« vom Obersten Gericht der DDR verurteilten Straftätern gehörten Rolf Oe., Dispatcher des VEB Schiffselektrik Rostock, Baustelle Wismar, und Walter Sch., Oberreferent im Ministerium für Aufbau, Hauptverwaltung Bauindustrie.

58

Oe. war im Herbst 1952 durch Vermittlung seines Bruder Otto Oe. angeworben worden. Er lieferte fortan an die hauptamtlichen Mitarbeiter der »Organisation Gehlen« *Paulberg* und *Möser* teils chiffrierte, teils mit Geheimtinte abgefaßte Berichte über interne betriebliche Vorgänge der Mathias-Thesen-Werft Wismar. In der Folgezeit berichtete er über die Baustelle der Werft und über die Stimmung der Belegschaft. Dabei setzte er seine Mutter und seine Schwester als Kuriere ein. Auf Weisung von Pullach legte er für den Kriegsfall Tote Briefkästen an.

Walter Sch. wurde über eine Arbeitskollegin mit Otto Oe. in Verbindung gebracht und Anfang 1953 ebenfalls von »Paulberg« und »Möser« angeworben.

Als »Scharmberg« lieferte er bei insgesamt zwölf Treffs in Westberlin ihm zugängliche Informationen und Unterlagen aus der Hauptverwaltung Bauindustrie des Ministeriums für Aufbau der DDR. Besonderes Interesse fanden Angaben über Planerfüllung und Produktionsschwierigkeiten. Während der Ereignisse um den 17. Juni 1953 übersandte Sch. Stimmungsberichte aus Leipzig, Halle und Wernigerode. Dazu benutzte er Geheimtinte und Deckadressen.⁷⁴

Auch im Jahre 1954 konnten mehrere Agenten der »Organisation Gehlen« enttarnt, festgenommen und nach Abschluß der Ermittlungsverfahren vom Obersten Gericht der DDR verurteilt werden.

Darunter waren der Hauptreferent im Staatssekretariat für Kraftverkehr und Straßenwesen, Karli B., die Sekretärin des Betriebsleiters im VEB Projektierung des Kraftverkehr- und Straßenwesen, Käthe D., der Disponent der Reichsbahndirektion (RBD) Berlin, Ewald M., der Vertriebskaufmann im VEB Elektroapparate-Werke Berlin-Treptow, Vitalis D., und Gottfried Sch., Abteilungsleiter in der Finanzbuchhaltung des VEB Werkzeugfabrik Altenburg.

Karli B. war zur Jahreswende 1952/53 von seiner Freundin (und späteren Mitangeklagten Käthe D. der »Organisation Gehlen« zugeführt und schriftlich zur Zusammenarbeit geworben worden. Nachdem er im März 1953 einen Decknamen und eine Decknummer erhalten hatte, sollte er Karten und Pläne über Straßenneubauten und Brückenprojektierungen (mit Hinweisen auf Tragfähigkeit) im Original beschaffen. Da ihm dies zu gefährlich erschien, erhielt er von seinen Auftraggebern aus Pullach eine Kamera zum Ablichten der Originale. In der Folgezeit fotografierte er solche Unterlagen, ferner Volkswirtschaftspläne, Protokolle interner Besprechungen sowie Telefonverzeichnisse seines Arbeitsbereiches. Er lieferte monatlich etwa 100 Fotos. Außerdem fanden in zehntägigen Abständen, zum Zwecke der mündlichen Berichterstattung, Treffs in Westberlin statt. Karli B. erhielt den Auftrag, Verbindungen in die Volksrepublik Polen herzustellen. Es kam jedoch

59

nur zur Auslieferung des Protokolls der gemeinsamen Verhandlungen mit der polnischen Seite, sein Ressort betreffend. Darüber hinaus spionierte er bei seinen Dienstfahrten Militärobjekte aus.

Für den »Ernstfall« (Kriegsfall) erhielt B. den »Generellen Auftrag für Alle«, Chiffrierunterlagen (Blocks mit 5er Zahlengruppen) von Informationen, mit deren Anwendung er in Schulungen vertraut gemacht wurde. Außerdem legte er auftragsgemäß Tote Briefkästen im Raum Berlin an. Dafür erhielt er monatlich 500 DM. Bis zu seiner Festnahme waren bereits 8.000 DM geflossen.

Käthe D. war von ihrem ehemaligen Vorgesetzten, der die DDR illegal verlassen hatte, zu einem Besuch nach Westberlin eingeladen worden. Dort traf sie im Oktober 1952 den hauptamtlichen Mitarbeiter der »Organisation Gehlen« mit Namen »Dahlmann«. Er warb sie zur Spionagetätigkeit mit schriftlicher

Verpflichtung an und vereinbarte mit ihr einen Decknamen. Sie lieferte für etwa 2.500 DM Informationen über Projekte von Brücken, Straßen und Autobahnen, die von ihrer Arbeitsstelle erarbeitet wurden. Neben Karli B. »tippte« sie weitere für Spionage geeignete Personen. Die Berichterstattung erfolgte ein- bis zweimal monatlich in Westberlin. Sie erhielt dort präpariertes Papier und Geheimtinte und legte auftragsgemäß für den »Ernstfall« fünf Tote Briefkästen an und wurde in der Chiffrierung von Spionageberichten geschult. Ewald M. wurde ebenfalls von einer bereits für die »Organisation Gehlen« tätigen Arbeitskollegin zugeführt und von »Wiesner« angeworben. Er verpflichtete sich schriftlich zur Zusammenarbeit und lieferte in der Folgezeit Informationen aus seinem Arbeitsbereich. Das betraf die Be- und Entladung von Gütertransporten der Deutschen Reichsbahn, den grenzüberschreitenden Güterverkehr nach der VR Polen, Anforderungen des sowjetischen Militärbeauftragten für Truppentransporte der Sowjetarmee. Er übergab Fahrpläne, den Gesamtbericht sämtlicher Reichsbahndirektionen und Telefonverzeichnisse. Die Dokumente lieferte er zunächst im Original, später als Filmmaterial. M. legte mehrere Tote Briefkästen an, von denen er drei aufgrund der Fülle des zu übergebenden Spionagematerials selbst nutzte. M. kopierte wöchentlich seit April 1952 zwei bis drei Buchfahrpläne für den internen Dienstgebrauch und garantierte damit seinen Auftraggebern eine Übersicht über Sonder- und Bedarfszüge. Im Jahre 1953 traf er sich achtzigmal mit seinem Agentenführer in Westberlin und übergab dabei im Oktober 468 und im November 720 Fotokopien. M. charakterisierte leitende Angestellte der Generaldirektion der Deutschen Reichsbahn, 15 Mitarbeiter der RBD Berlin sowie das Personal eines Dispatcherlehrgangs. Ferner lieferte M. Informationen über den Güterverkehr zwischen der DDR und anderen volks-

60

demokratischen Ländern. M. unternahm im Auftrag der »Organisation Gehlen« ernsthafte Versuche, seinen in der VR Polen lebenden Halbbruder für eine Spionagetätigkeit zu gewinnen. Bevor es dazu jedoch kam, wurde er verhaftet. Seine Ehefrau hingegen hatte M. zur Mitwirkung gezwungen. Insgesamt strich Ewald M. 15.000 DM aus Pullach ein.

Vitalis D. wurde im Herbst 1952 von seiner früheren Freundin der »Organisation Gehlen« zugeführt und zur Spionagetätigkeit angeworben. An seine Agentenführer »Winter« und »Lange« lieferte er Informationen über Exporte der Elektro-Apparate-Werke (EAW) Berlin-Treptow, besonders als Zulieferer für automatische Zementfabriken, über Arbeiten des zentralen Konstruktionsbüros und andere die Produktion des Werkes betreffende Einzelheiten.

D. nutzte 15 Dienstreisen, die er im Auftrag seines Betriebes unternahm, um nähere Informationen über die aufgesuchten Betriebe und ihre Produktion sowie die personelle Zusammensetzung der Betriebsleitungen zu erlangen und übermittelte sie seinen Auftraggebern. Neben Informationen über die personelle Zusammensetzung des Direktoriums und weitere leitende Mitarbeiter seines Werkes charakterisierte er diese den Agentenführern und übermittelte weitere spezielle Auskünfte zu ihnen. Einen Mitarbeiter versuchte er zwecks Anwerbung nach Westberlin zu locken. Insgesamt führte D. 80 Treffs mit seinen Auftraggebern in Westberlin durch.

Gottfried Sch. war 1950 durch einen früheren Kriegskameraden aufgefordert worden, an seiner Stelle Spionageinformationen über die Volkswirtschaft in Altenburg zu sammeln. Diesem Ansinnen stimmte er zu.

Neben umfangreicher Militärspionage, die er betrieb, berichtete Sch. über Produktion und Materialbedarf des VEB Werkzeugfabrik Altenburg sowie über an seinen Betrieb erfolgte Stahllieferungen aus der UdSSR. Für seine Spionage erhielt er mehrere tausend DM.⁷⁵

Dienstliche Bestimmungen zur Arbeitsweise der Linie III/XVIII

Am 12. Januar 1955 trat die Dienstanweisung Nr. 3/55 über die »Bearbeitung von Konzernen, Wirtschaftsvereinigungen, Forschungsinstituten und Fachverbänden der westdeutschen Wirtschaft« in Kraft, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Richtlinie »Für die wirtschaftliche und technisch – wissenschaftliche Aufklärung und für die Bearbeitung von Konzernen« vom 18. April 1955 des Stellvertreters des Staatssekretärs für Staatssicherheit stand.

Der Erlaß dieser dienstlichen Bestimmungen folgte aktuellen Erkenntnissen der Organe für Staatssicherheit. Das betraf die vom »Forschungsbeirat

für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands« betriebene Anschlußpla-

61

nung, die auf die Liquidierung der DDR gerichtet war,⁷⁶ das Zusammenwirken westlicher Geheimdienste mit Monopolen, Wirtschaftsvereinigungen und Forschungseinrichtungen im beiderseitigen Interesse sowie die Errichtung von Scheinfirmen zu nachrichtendienstlichen Zwecken⁷⁷ und die seit dem Korea-Krieg wachsende Rüstungsindustrie der Bundesrepublik.⁷⁸ Auf Linie III/XVIII wurden spezielle Referate für wirtschaftliche und wissenschaftlich-technische Aufklärung geschaffen. Das Ziel ihrer aktiven Aufklärungstätigkeit bestand darin, mit Hilfe Inoffizieller Mitarbeiter Aufschluß sowohl über Struktur, Aufgabenstellung und Verflechtung der wirtschaftlichwissenschaftlichen BRD-Institutionen als auch über die Ziele, Mittel und Methoden ihrer gegen die Volkswirtschaft der DDR gerichteten Tätigkeit zu erlangen. Zugleich sollten Kenntnisse über Rüstungsvorhaben und die Entwicklung von Waffentechnik gewonnen werden, um Gegenmaßnahmen für die Landesverteidigung der DDR und ihrer Verbündeten im Warschauer Pakt ableiten zu können. Aber natürlich sollten die bei diesen Aufklärungsmaßnahmen gewonnenen Erkenntnisse auf ihre Verwendbarkeit in der Volkswirtschaft der DDR geprüft werden, um Embargomaßnahmen zu kontern. Im Jahre 1956 wurden diese Struktureinheiten aufgelöst. Ihre Aufgaben übernahm in modifizierter Form die HVA.

Bei der Sicherung der Volkswirtschaft vor gegnerischen Angriffen fanden diese dienstlichen Bestimmungen jedoch keine Anwendung. Wirtschaftsverbände und wissenschaftlich-technische Einrichtungen waren zu keiner Zeit Gegenstand operativer Abwehrarbeit.

Die Abwehrarbeit galt vielmehr der Erarbeitung strafprozessual verwertbarer Beweise. Damit sollte gegen Personen oder Gruppen, die gegen die Volkswirtschaft handelten, vorgegangen werden. Dabei standen im Vordergrund Verbrechen gegen die staatliche Sicherheit (gemäß Kap. 2 des StGB/DDR).

In zahlreichen Fällen konnten auch Mitte der 50er Jahre Straftaten, durch die der Volkswirtschaft der DDR Schäden in Millionenhöhe zugefügt wurden, mittels gezielter Abwehrarbeit der Linie III/XVIII aufgeklärt werden.

So hatten der Kaufmännische Direktor der Elektro-Apparate-Werke (EAW) Berlin-Treptow, der Elektro-Ingenieur Karl N., und der Werkleiter der EAW, Dipl.-Ingenieur Ludwig A., vorsätzlich – weil sie die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR ablehnten – durch Desorganisation der Materialdisposition und des Absatzes sowie Falschberichterstattung – insbesondere über die Massenbedarfsartikelproduktion – den EAW und anderen Zweigen der Volkswirtschaft beträchtliche Verluste zugefügt.

Karl N. hatte 1940 im Auftrag der AEG Berlin an Geschäftsreisen in die UdSSR teilgenommen und dort für die Luftwaffe spioniert. Als »Sonderfüh-

62

rer Z« war N. später an der Planung und Ausplünderung sowjetischer Industrieanlagen beteiligt. Zuletzt gehörte N. dem Jägerstab des Reichsluftfahrtministeriums an. Karl N. arbeitete als Dolmetscher in den EAW (zunächst

eine sowjetische Aktiengesellschaft). 1952 wurde er als Kaufmännischer Direktor eingesetzt. In dieser Funktion war er für die Materialdisposition verantwortlich.

Er sollte die bestehenden Materialdispositionskarteien zentralisieren.

Damit sollte ein volkswirtschaftlicher Nutzen von 800.000 Mark erwirtschaftet werden. Er sorgte dafür, daß das Projekt scheiterte.

Werkleiter A. setzte im Betrieb die Produktion von Massenbedarfsgütern in Gang, allerdings waren dafür die technischen Voraussetzungen nicht geregelt. Dadurch wurden Rohstoffe und Halbfabrikate beschafft und beträchtliche

Umlaufmittel gebunden. Das war eine der wesentlichen Ursachen für die spätere Illiquidität des Betriebes. Diese führte zu erheblichen Störungen des Volkswirtschaftsplanes und zu einem unmittelbaren Schaden von 6 Millionen Mark (ohne Nachfolgeschäden). Fehlkonstruktionen und nicht ausgereifte

Entwicklungen führten zu Reklamationen, so daß die bereits verplanten 65.000 Handstaubsauger, 10.000 Elektronenblitzgeräte, 100.000

Fotobelichtungsmesser, 10.000 Schlittenstaubsauger, 5.000 Bohrmaschinen

und 10.000 Lichtmaschinen für Kraftfahrzeuge für die Versorgung der Bevölkerung nicht zur Verfügung standen. Zu den Folgeschäden gehörte auch,

daß andere Produktionszweige infolge der Hortung von Material ihrerseits Einschränkungen der Produktion hinnehmen mußten.

Nach Eintritt der Illiquidität der EAW beantragte N. gemeinsam mit A.

einen Kredit in Höhe von 14 Millionen Mark. Als jedoch erkennbar war, daß die Krise kaum noch zu beherrschen war, versuchte N. sich möglichen Konsequenzen durch Flucht zu entziehen. Um als »politischer Flüchtling« anerkannt zu werden, hatte er Statistiken, die Beschreibung neuentwickelter Funknavigations- sowie Fernsprech- und Feuerschutzanlagen, die für ein 1951 an die UdSSR geliefertes Großraum-Passagierschiff bestimmt waren, sowie Entwicklungsberichte über elektrische Meßgeräte des Chefkonstruktors der EAW beiseitegeschafft, um sie der gegnerischen Seite auszuliefern. Vor der Verwirklichung seines Vorhabens wurde er jedoch festgenommen.

⁷⁹

Erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden richteten im Bereich der Lebensmittelversorgung Rolf L. und Herbert O. an. Der eine war Stellvertreter, der andere Hauptbuchhalter im Volkseigenen Versorgungs- und Lagerkontor Fleisch, Fette, Molkereierzeugnisse (VE VLK FFM).

Sie hatten trotz entsprechender Qualifikation und ihrer Pflicht, Mitarbeiter sachgemäß anzuleiten und anzuweisen, eine korrekte Kontenführung

63

hintertrieben. Diese kriminellen Handlungen gegenüber der Bank, vor allem durch manipulierte Angaben, führten zu unrechtmäßiger Inanspruchnahme von Krediten durch das VE VLK FFM.

1953 kam L. über den Stellvertreter des Hauptbuchhalters der Deutschen Handelszentrale (DHZ) Lebensmittel, der die DDR illegal verlassen hatte, mit dem USA-Geheimdienst CIC in Verbindung. Bei 20 bis 25 Treffs 1953 lieferte er Informationen über die Warenbestände des VE VLK FFM und des Staatssekretariats für die Verwaltung von Staatsreserven sowie über neue Kühlhäuser. Er benannte einen zur Anwerbung geeigneten Mitarbeiter aus der Kühlkette.

L. arbeitete unter dem Decknamen »Müller«. Er bereitete seine illegalen Abgang vor, wurde dann jedoch vom CIC fallen gelassen.⁸⁰

Der RIAS als Nachrichtenbeschaffer für die USA-Geheimdienste

Während der Zeit der Blockkonfrontation wurde von westlicher Seite immer wieder versucht, den Rundfunk im amerikanischen Sektor (RIAS) als »normale« Medienanstalt, als eine »freie Stimme der freien Welt« zu präsentieren.

Er war stramm antikommunistisch und sollte zur Destabilisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR beitragen. Der Sender arbeitete seit 1945 in der Kufsteiner Straße 69 und war damals im Auftrag des Kriegsinformationsamtes beim Hauptquartier der US-Streitkräfte in Deutschland

gegründet worden. Später wurde er dem Hohen Kommissar (HICOG) der USA in Deutschland (mit Sitz in der Clay-Allee in Berlin) und dem amerikanischen Außenministerium unterstellt. Als Chef (Direktor) fungierte der US-Bürger G. A. Ewing. Die Einstellung von Personal bedurfte in jedem Falle der Zustimmung durch den HICOG. Das Unternehmen wurde damals mit jährlich 2,7 Millionen Dollar finanziert.

Mit der nachrichtendienstlichen Tätigkeit war vorwiegend die RIAS-Hauptabteilung Politik befaßt. Sie wurde von einem Direktor Müllerburg geführt und von RIAS-Chef Ewing direkt angeleitet. Ihr unterstand die Abteilung »Information aus der SBZ«. Diesen Teilbereich leitete Dr. Kirchstädter, dem drei »Interviewer« – Frau Thum alias Stein, die Herren Fröhnel alias Ernst (ein ehemaliger faschistischer Abwehroffizier) und Parsenow alias Zerbe – unterstanden. Für »Außenaufgaben« war Franz Siegel tätig, der Kontaktabhörungen bei DDR-Bürgern vornahm, die die Westsektoren aufsuchten.

In den Sendungen wurde dazu aufgerufen, sich mit Wünschen, Anregungen und persönlichen Sorgen postalisch an den RIAS zu wenden. Karten für Veranstaltungen in Westberlin hingegen waren nur persönlich in der Hauptabteilung Politik abzuholen. Dabei erfolgten zum Teil Kontaktaufnahme und

64

Anwerbung zur Agententätigkeit. Man schreckte auch vor der Anwerbung 16jähriger Jugendlicher nicht zurück. Mitunter setzte man auch Prostituierte auf Zielpersonen an, die man anwerben wollte.

Vom 24. Juni bis 27. Juni 1955 fand vor dem Obersten Gericht der DDR ein Verfahren gegen fünf RIAS-Agenten statt. Diese waren zur Erkundung der Situation in ökonomischen Bereichen der DDR angeworben worden. In diesem Prozeß kam eine Reihe von Dokumenten zur Sprache, die den Mechanismus des geheimdienstlichen Wirkens dieser Sendeanstalt verdeutlichten.

Auf Seite 9 und 10 des Urteils des Obersten Gerichts wurde folgendes

Dokument zitiert:

RIAS Berlin

Eine freie Stimme der Freien Welt

Hauptabteilung Politik

Verteiler: Interviewer

Eine Übersicht der in letzter Zeit eingegangenen Berichte läßt erkennen, daß der Gewinnung neuer Mitarbeiter aus dem Ostsektor und der SBZ wieder mehr Aufmerksamkeit geschenkt werden muß. Die Interviewer werden daher gebeten, dieser Frage sorgfältige Beachtung zu widmen und vor allem bestrebt zu sein, Berichte aus den großen Werken (Buna, Leuna, Stahlwerk Riesa usw.) zu gewinnen.

Berlin den 14.2.55

gez. G. A. Ewing, Direktor

Die beim RIAS einlaufenden Informationen über die Volkswirtschaft der DDR wurden u. a. an die Abteilung Wirtschaftsspionage des USA-Geheimdienstes in Berlin-Zehlendorf, Sundgauer Straße, weitergeleitet.

Personen in besonders einflußreichen Stellungen der DDR-Volkswirtschaft bzw. solche, die über wichtige volkswirtschaftliche Vorgänge berichten konnten, waren sofort entsprechenden Dienststellen des USA-Geheimdienstes zuzuführen. Dabei wurde eine enge Zusammenarbeit mit anderen Agentenzentralen in Westberlin angestrebt.

Im Gefahrenfalle wurden die für den RIAS tätigen Agenturen durch Warnmeldungen des Senders – sogenannte technische Durchsagen – informiert. Zunächst wurde die Kenn-Nummer des Agenten genannt und danach drei Warnstufen gesendet. A bedeutete »sofort absetzen«, B »absetzen in nächster Zeit« und C »Treff in Westberlin wahrnehmen«.

Neben der Sammlung von Spionageinformationen ergingen auch Aufträge zur Störung und Sabotage der Volkswirtschaft der DDR. So hieß es beispielsweise in der Richtlinie für Interviewer vom 4. Januar 1954, unterzeichnet von Ewing: »5. Die Schwierigkeiten des Regimes durch aktive Ein-

65

zelhandlungen aller Art erhöhen. Solche Handlungen müssen jedoch als Zufall erscheinen. Über die Koordinierung folgen zu gegebener Zeit Einzelheiten.« (Seite 13 des Urteils des Obersten Gerichts)

So hatte der im Prozeß vor dem Obersten Gericht der DDR geladene Zeuge R., Arbeiter im Fernmeldeamt, den Auftrag von Frau Stein alias Thum erhalten, öffentliche Verteilerkästen und Wähleranlagen zu zerstören. Dem Zeugen K. wurden gefälschte Lebensmittelkarten zur Verteilung zwecks Störung der Versorgung der Bevölkerung der DDR übergeben.

Gemäß einer Instruktion des RIAS-Chefs vom 4. Januar 1955 waren über den Sender die Werkstätigen der DDR zur »Arbeitslangsam-Bewegung« und zu Krankmeldungen aufgefordert worden. Wissenschaftler wurden animiert, Fachliteratur über den RIAS zu beziehen. Man hoffte, sie dadurch zur Spionage erpressen zu können. Mitunter wurde ihnen suggeriert, sie würden demnächst verhaftet werden, um sie zum illegalen Verlassen der DDR zu nötigen.

Informationen über Materialengpässe oder -schwierigkeiten sollten vom RIAS direkt an das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen weitergeleitet werden. Von dort sollte Einfluß auf den Interzonenhandel dergestalt genommen werden, daß mittels Widerruf von Lieferverpflichtungen o. ä. die schwierige ökonomische Lage auf der anderen Seite zusätzlich belastet wurde.

Im Juni 1955 saßen auf der Anklagebank der Dekorateur Joachim W., der Lektor im VEB Verlag Globus, Richard B., der Drogist und Invalide, Günther K., der Sachbearbeiter im Staatlichen Kreiskontor für landwirtschaftlichen Bedarf in Stralsund, Willi G., und der gelernte Rundfunkmechaniker und Arbeiter im Stahl- u. Walzwerk Brandenburg, Manfred V.

Joachim W. wurde im Frühjahr 1954 vom RIAS angeworben und trug den Decknamen »Dortmund«. Er lieferte fortgesetzt Informationen über alle ihm zur Kenntnis gelangten internen Vorgänge der Deutschen Werbeagentur. Die Dewag arbeitete vornehmlich für die Regierung und den zentralen Staatsapparat. So berichtete W. über Aufträge zur Vorbereitung von Messen in Stockholm, Saloniki, Sofia, Utrecht, Paris, Mailand, Kairo, Peking, Shanghai und Moskau und benannte die an der Ausgestaltung der Messen beteiligten Mitarbeiter. Weitere Informationen übermittelte er zur Struktur des Werbeunternehmens und der personellen Zusammensetzung sowie über interne Vorgänge in der Betriebsparteiorganisation der SED und den Massenorganisationen.

Seine Berichterstattung erfolgte teils mündlich, teils schriftlich bei insgesamt 35 Treffs in Westberlin.

Parallel zu seiner Agententätigkeit für den RIAS vermittelte ihn der für »Außenaufgaben« verantwortliche Mitarbeiter Franz Siegel an das Bundesamt für Verfassungsschutz, für das er unter dem Decknamen »Binz« eben-

66

falls Spitzelberichte über die Dewag lieferte. Nach seiner 1955 erfolgten Entlassung bei der Dewag wurde er der Geheimdienstfiliale des CIC in Berlin-Zehlendorf, Klopstockstraße 14, zur weiteren Verwendung übergeben. Er wurde geführt von »Mister Tänzer«, mit dem er etwa 10 Treffs in Westberlin hatte. Das CIC hatte ihn zur Durchführung von Militärspionage verpflichtet.

Er führte seinen Auftraggebern einen Eisenbahner zur Anwerbung zu.

Richard B. war 1953 während des Besuchs einer Sportveranstaltung in Westberlin von dem Mitarbeiter des USA-Geheimdienstes »Bartels« angesprochen und zur Kontaktaufnahme mit dem RIAS aufgefordert worden. Im

Mai 1954 meldete er sich beim RIAS und wurde von Frau Stein alias Thum zur Zusammenarbeit verpflichtet. B. erklärte sich bereit, unter Ausnutzung seiner Stellung als Lektor des Globus Verlages wirtschaftliche und politische Informationen über die Industrie, Landwirtschaft und Versorgungslage aus den Bezirken Erfurt, Suhl, Schwerin und Rostock zu liefern.

Bei etwa 50 Treffs in Westberlin, die vierzehntägig erfolgten, zuletzt im Zwei-Tage-Rhythmus, übergab B. sendefertige schriftliche Berichte zur Planerfüllung in volkseigenen Betrieben (VEB), über die Versorgungslage der Bevölkerung, die Braunkohleversorgung sowie über die Lage in Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften. Weitere Informationen betrafen die personelle Struktur des Staatlichen Rundfunk- und Filmkomitees, der DEFA und des VEB Globus Verlages und, soweit möglich, Angaben über die Wirtschaftlichkeit dieser Unternehmen. In einem Fall war er beauftragt, über ein Gerichtsverfahren gegen einen enttarnten Agenten zu berichten. Wichtige Meldungen übermittelte er per Telefon an seine Auftraggeber in Westberlin.

W. sollte ferner Kontakt herstellen zu zwei Stenografinnen, die an Sitzungen des Ministerrats, der Volkskammer und an Tagungen des Zentralkomitee der SED teilnahmen. Weiterhin sollte er eine im ZK der SED tätige Angestellte kontaktieren. Durch seine Festnahme wurde das verhindert.

Günther K. war seit 1949 Agent des RIAS. Als Kriegsinvalide hatte er zeitlich unbeschränkte Möglichkeiten, Spionageinformationen militärischen und wirtschaftlichen Charakters zu liefern. Er arbeitete mit Frau Stein alias Thum zusammen und übermittelte etwa 100 Berichte bei rund 60 Treffs in Westberlin bzw. auf postalischem Weg. Thema war vorwiegend die Situation in der Landwirtschaft und die Versorgung der Bevölkerung. Im einzelnen betraf dies die Sollerfüllung, den Viehbestand, das Auftreten von Tierseuchen, den Zustand einzelner Landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften, den Einsatz von Erntehelfern, die Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln und Brennstoffen. Einzelne Informationen betrafen die Arbeit

67

eines Rates des Kreises, des Gesundheitswesens und Mängel in der ärztlichen Betreuung durch Fehlen von medizinischen Fachkräften.

Willi G., im September 1951 angeworben, bemühte sich um eine hauptamtliche Anstellung beim RIAS. Mit diesem Ansinnen wurde er hingehalten und statt dessen aufgefordert, zunächst Informationen über die DDR zu liefern. Er erhielt den Decknamen »Xerxes« und eine Deckadresse. G. wurde beauftragt, dem Landfunk-Mitarbeiter des RIAS »Hoppe« mündlich und schriftlich Detailinformationen über die Landwirtschaft im Stralsunder Raum zu liefern.

G. schlug seinen Auftraggebern vor, seine Meldungen im Programm von RIAS 2, der an der Ostseeküste besser zu empfangen war, zu wiederholen. Zur Abfassung seiner Spitzelberichte bezog er eine Arbeitskollegin seiner Ehefrau ein. Frau Stein alias Thum beauftragte ihn, fortan die Berichte nicht mehr mit Schreibmaschine, sondern mit Geheimschriftmitteln auf der Rückseite von Tarntexten an die Deckadressen zu übermitteln.

Im Juni 1954 nahm er Verbindung zum Ostbüro der SPD in der Berliner Langobardenallee 14 auf. Im Auftrag des Agentenführers »Reichert« lieferte er fortan unter dem Decknamen »Gerhard Schulz« Spionageinformationen militärischen und wirtschaftlichen Inhalts.

Manfred V., von Franz Siegel, einem Mitarbeiter für Außenaufgaben des RIAS, im Juli 1954 auf der Straße bei einem Besuch in Berlin angesprochen, hatte zunächst nicht reagiert. Daraufhin erhielt er im August 1954 einen Brief mit dem Vorschlag zu einem Westberlinbesuch. Da er dieser Aufforderung nicht nachkam, gab es einen Drohbrief. Dieser verfehlte seine Wirkung nicht. Siegel verlangte von V. bei dieser Begegnung Informationen aus dem Stahl- und Walzwerk Brandenburg, zumindest aber eine Bestätigung der Richtigkeit der beim RIAS über das Werk vorliegenden Fakten zu Struktur, Leitungspersonal und Betriebsausfällen an den Siemens-Martin-Öfen des Werkes. In der Folgezeit beschaffte V. Detailinformationen über den Werkleiterwechsel, die Namen leitender Angestellter, die Erfüllung des Produktionssolls an den Siemens-Martin-Öfen und den Walzstraßen, geplante Erweiterungsbauten, Investitionsmittel, Vermessungsarbeiten für eine Drahtziehstraße und über die Arbeit mit der Betriebszeitung. Zu einem späteren Zeitpunkt wurde er von Frau Stein alias Thum zur weiteren Zusammenarbeit übernommen. Auch er erhielt einen Decknamen (»Oliver«) sowie eine Deckadresse zur Übermittlung von Spionageinformationen.

Als V. klar wurde, in eine geheimdienstliche Tätigkeit verstrickt worden zu sein, wollte er im Januar 1955 die Verbindung abbrechen. Frau Stein erpreßte ihn jedoch zur weiteren Zusammenarbeit, indem sie ihn in einem Brief wis-

68

sen ließ, »das Muttchen Steinbach keinen Spaß verstehe«. Daraufhin fuhr V. ab März 1955 wieder zu Treffs nach Westberlin und berichtete u. a. über die Einführung technisch begründeter Arbeitsnormen und den in bestimmten Bereichen sich vollziehenden Personalwechsel.⁸¹

Die Zuspitzung gesellschaftlicher Widersprüche in einigen sozialistischen Staaten im Jahre 1956 und die militärischen Optionen des Westens
Als Folge der Ereignisse in der Ungarischen Volksrepublik (UVR) und der Volksrepublik Polen (VRP) verschärfte sich auch der Wirtschaftskrieg. Die Hoffnungen auf eine Krise in der DDR (und damit deren Ende) nahmen wieder einmal zu. In der DDR-Volkswirtschaft waren – trotz der enormen Anstrengungen der Werktätigen – die Standortnachteile und die Folgen der Embargopolitik deutlich spürbar. Der Auf- und Ausbau einer eigenen Stahlindustrie und der vorrangigen Energiegewinnung auf Braunkohlebasis, die Reaktivierung des Maschinenbaus und die durch Kriegseinwirkung arg in Mitleidenschaft gezogene Chemieindustrie erforderten enorme Anstrengungen und schränkten die Möglichkeiten für eine rasche Verbesserung des Lebensstandards der Bevölkerung ein. Hinzu kam der wachsende Verlust an hochqualifizierten Arbeitskräften, die sich in der BRD bessere Lebensverhältnisse versprachen.

Wie ernsthaft ein mögliches Ende der DDR – woran man aktiv mitwirken wollte – angenommen wurde, verdeutlichte ein Geheimdokument mit der Bezeichnung »DECO II«. Es stammte vom 2. März 1955 und vermutlich aus dem Panzerschrank des Bundeswehr-Generals Speidel. Es wurde 1959 publik. Darin hieß es: »Die Operation DECO II sieht ein schlagartiges Zusammenwirken von Land-, Luft- und Seeverbänden, Propagandaeinheiten und den vor Anlaufen der militärischen Operationen nach Ostberlin und strategisch wichtigen Punkten der SBZ zu infiltrierenden militärischen Einheiten vor ... Die nach Ostberlin eingeschleusten Verbände der 3. LSKG in Zivil besetzen zum Zeitpunkt »E« schlagartig sämtliche sowjetzonalen staatlichen und militärischen Dienst- und Kommandostellen, Telegrafien- und Fernsprechämter, Reichsbahn- und Stadtbahnhöfe, Rundfunksender, Großverlage, Staatsreservelager, Industrie- und Hafenanlagen, Ausfallstraßen und Grenz-Kontrollpunkte ...«

Von offizieller Seite wurde diese Planung nie dementiert.⁸²

Wirtschaftsspione des CIC vor dem Obersten Gericht

Mitte der 50er Jahre gelang es den Abwehrdienststeinheiten des MfS, mehrere unabhängig voneinander operierende langjährige Agenten des CIC,

69

Dienststelle Berlin-Zehlendorf, Clay-Allee 172, zu enttarnen. Die Dienststelle des CIC wurde damals von Oberst »Frank« geleitet.

Unter den enttarnen Agenten waren Max H., zuletzt im Konstruktionsund Ingenieurbüro Berlin (KIB) tätig, der Elektriker im VEB Funkwerk Erfurt Werner R. und die Sekretärin Eva H. Sie hatte bei der Landesregierung Brandenburg und beim Landesauschuß der Nationalen Front gearbeitet, später

als 1. Sekretär der Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdgB) in Angermünde und zuletzt als Sachbearbeiterin beim Kulturbund Potsdam. Im Januar 1956 standen sie vor dem Obersten Gericht der DDR.

Max H. war vor 1945 Mitglied der SA und der SS gewesen. Im März 1951 folgte er einer Einladung seiner Schwester nach Westberlin und nahm dort mit dem Residenten des USA-Geheimdienstes »Winkler« Kontakt auf. H. stimmte sofort einer Zusammenarbeit mit dem CIC zu. In den Jahren 1951 bis 1955 lieferte er Informationen über die Entwicklung der elektronischen Industrie, die Planung und den Bau von Großsendern, den Großgerätebau, die chemische Industrie (darunter über Anlagen zur Herstellung von Pharmazeutika und Kunstfasern).

In seinem Betrieb entwendete er Zeichnungen, Konstruktionserläuterungen sowie Protokolle über Werkleiterbesprechungen. In Westberlin wurden sie fotokopiert und von H. wieder in das Büro zurückgebracht. Besonderes Interesse zeigte das CIC an Informationen über wirtschaftliche Verbindungen der DDR in die UdSSR, die VR China und die VR Polen. Im Jahre 1951 wurde H. beauftragt, Kontakt zu Spezialisten und Wissenschaftlern aufzunehmen, die aus der Sowjetunion kamen, um sie abzuwerben. In drei Fällen gelang dies. Ein Versuch scheiterte am Widerstand und konsequenten Verhalten der Tochter.

Zu den Spitzeldiensten des CIC gehörte der Auftrag an H., über eine möglichst große Anzahl von aus der UdSSR zurückgekehrten Spezialisten Hinweise zur Person wie Charaktereigenschaften, persönliche Schwächen, politische Einstellung, fachliche Qualifikation und über deren politische Vergangenheit zu erkunden und darüber zu berichten.

Werner R. wurde im Juni 1951 über eine Arbeitskollegin aus Erfurt mit einer Westberliner Bürgerin bekanntgemacht. Als er sie während der III. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Berlin in den Westsektoren besuchte, brachte diese ihn mit einem »Ballestrero« zusammen, für den er Hetzmaterialien in die DDR einschleusen sollte. Dies lehnte R. ab. Zu einem späteren Zeitpunkt brachte ihn »Ballestrero« mit dem CIC-Residenten »Winkler« in Verbindung. »Winkler« warb ihn für die Zusammenarbeit mit dem CIC und vereinbarte mit ihm den Decknamen »Schimke«. In den Jah-

70

ren von 1951 bis 1955 lieferte R. Spionageinformationen aus dem VEB Funkwerk Erfurt. So berichtete er seinen Auftraggebern über die Produktionsziffern des Empfangs- und Senderöhrenbaus, über Rohstoff- und Materialengpässe. Er beschaffte Zeichnungen und Muster neukonstruierter Röhren, darunter Gnom- und Miniaturröhren, eines Hexoden-Meßtisches, Protokolle von Arbeitsbesprechungen bei der Hauptverwaltung Rundfunk und Fernmeldetechnik (RFT). Er informierte über Exporte in die UdSSR, die VR China und die VR Polen und denunzierte westdeutsche Firmen, die trotz Embargos an die DDR lieferten. Außerdem charakterisierte er Spezialisten seines Werkes und warb weitere drei Spione für das CIC aus dem VEB Funkwerk an, darunter einen Abteilungsleiter, der später die DDR illegal verließ.

Eva H. wurde Mitte des Jahres 1950 beim Versuch, sich beim Westberliner Roten Kreuz Auskunft über den Verbleib ihrer früheren Lehrerin einzuholen, an den RIAS verwiesen. Dort kam sie mit »Dr. Euler« in Kontakt, der sie aufforderte, aus der DDR zu berichten. Dazu wurde sie an Frau Stein alias Thum weiter vermittelt. H. erhielt den Decknamen »Queck« und lieferte fortan Informationen aus dem Sekretariat der Nationalen Front Brandenburgs, die Versorgungslage in Potsdam und später über die VdgB Angermünde.

Zur Jahreswende 1952/1953 wurde sie durch Frau Stein alias Thum an »Martin«, einen Mitarbeiter des USA-Geheimdienstes, vermittelt. Martin beauftragte sie, Informationen militärischen Charakters zu sammeln und sich um eine Anstellung im Staatssekretariat für Staatssicherheit zu bemühen, wovon sie von sich aus jedoch Abstand nahm.

Nach dem 17. Juni 1953 brach zunächst die Verbindung zum Geheimdienst ab. Als sie erneut Kontakt zu »Martin« bekam, wurde sie beauftragt, Möglichkeiten zum Aufbau von Agentenschleusen an der Staatsgrenze der DDR zu eruieren. Außerdem erhielt sie Kurieraufträge. Später zeigten »Martin« und Frau Stein alias Thum Interesse an Spezialisten aus dem militärischen Bereich, dem Karl-Marx-Werk in Potsdam sowie an Mitarbeitern des Potsdamer

Meteorologischen Instituts. Außerdem sollte Eva H. Kontakt zu einer Lehrerin aufnehmen, um diese abzuwerben.

In einem Strafverfahren vor dem Obersten Gericht der DDR gegen zwei Agentenführer des CIC im Jahre 1957 wurden die Angriffe des CIC gegen die Volkswirtschaft erneut anschaulich. »Die Dienststelle Walters befaßte sich vorwiegend mit aktiver Kriegsvorbereitung und der Organisation von Sabotage- und Diversionsakten«, hieß es im Urteil. »Walter stammt von deut-

71

schen Eltern ab, sein Vater, Freiherr von Walter, war Major und Rittergutsbesitzer. Er selbst trat mit 18 Jahren in die amerikanische Armee ein, war Freiwilliger im Korea-Krieg und erwarb besondere Erfahrungen bei der Durchführung von Sprengstoffanschlägen.« Der in diesem Verfahren Angeklagte W., einer der CIC-Agentenführer der Dienststelle des Walter, war im Herbst 1953 durch Vermittlung über die Detektei Blank alias Falk mit dem CIC in Verbindung gekommen. W. war von Walter beauftragt worden, vorzugsweise ehemalige NSDAP-Mitglieder für den Geheimdienst zu rekrutieren, da diese »bewährte Kämpfer gegen den Bolschewismus« seien. Der von W. im Jahre 1956 geworbene Westberliner Bürger Hans F. wurde später ebenfalls Agentenführer des CIC und unterhielt ein Netz von 30 Agenten, die vorwiegend zur Wirtschaftsspionage gegen die optische Industrie in Jena eingesetzt waren. Der von W. geworbene DDR-Bürger Walter H., vormals Mitglied der NSDAP, war zu einer wöchentlichen Berichterstattung aufgefordert worden und überbrachte Informationen über Materiallieferungen an das Ölwerk Pirna-Herrenleithe, über Sprengstofflieferungen an das Sprengstoffwerk in Goes, Baustoff- und Benzinlieferungen an das Institut für Werkstoffprüfung der Luftfahrtindustrie in Pirna-Sonnenstein, Kohlelieferungen an die Deutsche Handelszentrale Pirna, Warenlieferungen an das Zentrallager der Handelsorganisation (HO) und Konsum sowie an Einheiten der Nationalen Volksarmee in Prossen.

Ein gewisser T., der von »Dr. Ross« für den USA-Geheimdienst geworben wurde, lieferte Informationen über innerbetriebliche Vorgänge des Laboratoriums für Hochfrequenztechnik und Ultraschall. Aus seiner Arbeitsstelle, dem Wissenschaftlich-Technischen Büro für Gerätebau (WTBfG), übermittelte T. 18 streng geheime Forschungsaufträge.⁸³

Weitere ausgewählte Ergebnisse bei der Bekämpfung von Straftaten, die gegen die Volkswirtschaft der DDR gerichtet waren

Die von der Linie III/XVIII und anderen operativen Diensteinheiten gewonnenen Erkenntnisse machten deutlich, daß auch Vertreter von BRDKonzernen bzw. Personen, die sich dafür ausgaben, mit Unterstützung von konzernangehörigen Mitarbeitern in der volkseigenen Industrie gegen die DDR-Volkswirtschaft tätig wurden. Im Jahre 1958 mußten Ermittlungsverfahren gegen zwei leitende Angestellte der Vereinigung Volkseigener Betriebe (VVB) Feuerfeste Industrie und Glas wegen dringenden Verdachts der Schädlingstätigkeit eingeleitet werden. Sie hatten 166 Millionen Mark Investgelder des Industriezweiges fehlgeleitet und dafür gesorgt, daß bestimmte Zulieferungen nicht aus der Ungarischen VR und der CSR bezo-

72

gen wurden. Nutznießer war der Didier-Konzern, und die DDR geriet in dauerhafte Abhängigkeit.⁸⁴

Dr.-Ing. B., Direktor des Forschungsinstitutes für Technologie der Metallurgie Leipzig, unterhielt 1960 Verbindungen zu Konzernen der BRD und dem Verein Deutscher Hüttenleute. Er verriet Details über das von der DDR entwickelte Niederschachtofenverfahren, das im Kampf gegen das Embargo von großer Bedeutung war. Darüber hinaus sabotierte er die Arbeit an für die DDR wichtigen Forschungsvorhaben.⁸⁵

Im Jahre 1958 hatte eine Gruppe Personen einen Anschlag auf einen Schacht des Marx-Engels-Kaliwerkes in Unterbreitenbach vorbereitet. Das Werk gehörte vor 1945 zum Wintershall-Konzern. Stollen führten unter der Staatsgrenze hindurch und waren deshalb besonders gesichert. Sie waren aber auch aus anderen Gründen abgedichtet worden – um den Einbruch von Lauge in die Schachtanlage zu verhindern. Diese Mauern sollten gesprengt werden. Die Täter hatten bereits Spezialbohrmaschinen, Sprengstoff, elektrische Einrichtungen und anderes Material in einer in der Nähe von Hattorf (BRD) gelegenen, abgebauten Strecke deponiert. Der Anschlag konnte jedoch verhindert und die Täter festgenommen

werden.⁸⁶

Abwehrerfolge gegen Wirtschaftsspionage westlicher Geheimdienste

Dem MfS gelang es 1959, mehrere Agenten der CIA und des BND zu enttarnen. Darunter waren Erich K., Landmaschinenschlosser im VEB Bodengeräte Leipzig, Walter H., Hafenumschlagarbeiter bei den Vereinigten Seehäfen Rostock, und Franz B., Diplomphysiker am Institut für Physik an der Hochschule für Elektrotechnik in Ilmenau.

Erich K. war im Mai 1955 brieflich von einem ehemaligen Arbeitskollegen, der die DDR illegal verlassen hatte, nach Westberlin eingeladen worden. Dieser offenbarte sich. Er sei in der DDR für den USA-Geheimdienst tätig gewesen und wollte K. als Nachfolger gewinnen. K. unterschrieb im Januar 1956 eine Verpflichtung, erhielt den Decknamen »König« und fortan ein monatliches Fixum von 110 DM-West. Die monatlichen Treffs (insgesamt 36) fanden in Westberlin statt. K. lernte dabei acht Agentenführer kennen.

Er lieferte Informationen über ein Reparaturwerk für militärische Ausrüstung der Sowjetarmee in Lindenthal bei Leipzig.

K. sollte seinen im VE Kombinat »Otto Grotewohl« Böhlen tätigen Vater anwerben, der Angaben über Treibstofftransporte liefern sollte. Da diesem die Voraussetzungen für eine ständige Überwachung fehlten, konzentrierte

73

sich K. auf Informationen zur Produktion und Struktur des Betriebes, Angaben zur Erzeugnispalette, den Export von Treibstoffen und Schwefel sowie erkennbare Benzintransporte.

Er benannte dem USA-Geheimdienst einen Angestellten der Deutschen Reichsbahn, der ihm für eine Anwerbung geeignet erschien.

Aus dem Umfeld des Kombinates Espenhain berichtete K. über Lage und Ausdehnung der Braunkohlefelder, die Abbaumethoden, Einzelheiten über die Arbeitsplanung und -technik, den Wagenlauf, über Havarien und Produktionsstörungen sowie über Normierung, Entlohnung, Sonderschichten und die Stimmung der Belegschaft.

Parallel zur Wirtschaftsspionage erkundete er acht Objekte und drei Übungsplätze der NVA und der Sowjetarmee im Raum Leipzig und fertigte dazu ca. 150 Skizzen an.

Auftragsgemäß legte er in Leipzig und an der Autobahn Berlin-Nürnberg insgesamt elf Tote Briefkästen mit Sicherheitszeichen an. Er setzte auch seine Ehefrau als Kurier ein. Im Jahre 1958 wurde K. im Funken, Chiffrieren und Dechiffrieren sowie in der Handhabung eines Schnellgebers in Westberlin ausgebildet. Danach absolvierte er fünf Übungssendungen an die Funkzentrale in der BRD. Als er am 23. März 1959 ein in einem Leipziger TBK hinterlegtes und für ihn bestimmtes Funkgerät einschließlich Zusatzgeräte, Unterlagen für den Funkverkehr und Funktabellen sowie eine Funkanweisung für den Kriegsfall abholte, wurde er festgenommen.

Walther H. wurde beim Besuch einer ihm bekannten Familie in Berlin-Charlottenburg unter einer Legende an deren Nachbar »Heyer« vermittelt, der, wie sich später herausstellte, Mitarbeiter des BND war und H. zur Wirtschaftsspionage gegen die DDR anwarb. Damals noch in der Materialausgabe der Rostocker Warnow-Werft beschäftigt, verpflichtete er sich, Einzelheiten über die Produktpalette, Bau- und Reparaturprogramme, Engpässe in der Materialwirtschaft, die personelle Veränderung leitender Kader sowie über die Stimmung der Bevölkerung zu berichten.

Bei einem Folgetreff in Westberlin erhielt er den Decknamen »Kindermann« und wurde in Geheimschriftverfahren unterrichtet. Er sollte künftig aus ihm übergebenen Tabletten Geheimtinte herstellen und die damit verfaßten Berichte an eine Westberliner Deckadresse übersenden. Er erhielt insgesamt ca. 3.500 DM-West für seine Spionagetätigkeit.

Ende 1956 wurde er an den Mitarbeiter »Gross« übergeben. Dann schon als Hafenumschlagsarbeiter beschäftigt, informierte er über die ein- und auslaufenden Frachtschiffe – Name, Herkunftsland, Bestimmungshafen, Art der

74

Ladung und Tonnage –, und vermittelte seinen Auftraggebern ein lückenloses Bild vom Im- bzw. Export. So erkundete er in etwa 400 Fällen die Verschiffung von Kali und Chemikalien nach der UdSSR, Großbritannien, Norwegen, Schweden und Finnland sowie die Löschung von Frachten mit Holz, Papier, Baumwolle, Kautschuk, Erz, Dünger, Personenkraftwagen, Stahl

(Stabeisen u. nahtlose Rohre) und Lebensmitteln, die für die DDR bestimmt waren. H. berichtete ferner über bauliche Veränderungen im Hafengelände, Verladungen auf die Schiene, Kohlebunkerbestände und Baggerarbeiten. Zugleich betrieb H. umfangreiche Militärsplionage gegen die Seestreitkräfte der DDR, wozu er eine Spezialausrüstung erhalten hatte. Seine mit Geheimtinte abgefaßten Spionageberichte versandte er zuletzt an zwei Deckadressen in Hannover und ergänzte die Berichte mündlich bei den in Abständen von sechs Wochen stattfindenden Treffs in Westberlin. Zum Empfang von Anweisungen über Kurzwelle erhielt er, in einer Konservendose versteckt, einen Konverter (Frequenzumwandler für Rundfunkgeräte). Dazu sollte er sich einen bestimmten Rundfunkempfänger beschaffen. Um sich nicht bei unvorhergesehenen polizeilichen Maßnahmen in Westberlin (Kontrollen, Festnahmen usw.) enttarnen zu müssen, erhielt er die Decknummer *Fo 1177.87*

Westliche Geheimdienste beobachteten aufmerksam auch das Zusammenwirken der DDR-Volkswirtschaft mit Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. So war Anfang 1957 Franz B. von zwei ehemaligen Studienkollegen, die die DDR illegal verlassen hatten, zu einem Besuch in die Westsektoren Berlins eingeladen worden. Bei dieser Begegnung machten ihn diese mit dem Mitarbeiter des USA-Geheimdienstes »Linden« bekannt, der ihn für eine Zusammenarbeit gewann. B. erhielt den Decknamen »Hutmacher«. Im März 1957 traf er sich am Rande einer Physikertagung in Berlin mehrfach mit »Linden« in einer Villa in Berlin-Dahlem, Dohlensteig, und berichtete ausführlich über diese Fachtagung. Dabei bekundete »Linden« Interesse an Informationen über die Tätigkeit der Direktion des Instituts für Physik der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau.

B. erhielt eine Westberliner Deckadresse, an die er die von ihm mit Geheimtinte verfaßten Spionageberichte per Post übersandte. Um B. als Quelle nicht zu gefährden, wurde er angewiesen, fortan Berichte über TBK oder per Funk zu übermitteln. Dazu wurde B. mit entsprechenden technischen Geräten, Funkund Chiffrierunterlagen sowie präpariertem Papier ausgerüstet und erhielt eine entsprechende Funkausbildung.

Auftragsgemäß legte B. mehrere TBK im Raum Ilmenau an, über die er Chiffriermaterial und 2.000 DM-West erhielt. Bis November 1958 berich-

75

tete er mündlich und per Funk über die Gesamtaufgabenstellung und Struktur der Hochschule für Elektrotechnik Ilmenau und speziell über Forschungsarbeiten und die wissenschaftliche Tätigkeit der Institute für Physik, Hochfrequenztechnik und angewandte Physik sowie über ihm bekannte Wissenschaftler und Mitarbeiter. Das betraf Aufbau der Institute, Verwendungsmöglichkeiten und technische Details der an der Hochschule entwickelten elektronisch gesteuerten Rechenmaschinen, über Arbeiten auf den Gebieten Spannungsmultiplikatoren und Gasentladungsphysik, den Entwicklungsstand und das Leistungsvermögen des Rechners EAR I und die Weiterentwicklungsperspektiven für Analogierechner. Ferner machte er Angaben zum Stand der Serienproduktion von Rechnern und zu den dabei aufgetretenen Schwierigkeiten. B. bezog auch seine Ehefrau in die Übermittlung von Spionagenachrichten über TBK, Funk und Post ein.

In den Jahren 1958 bis 1960 wurden durch operative Maßnahmen der HA III/XVIII und andere Dienststellen weitere Spionageaktivitäten der USA-, der britischen und französischen Geheimdienste gegen die Volkswirtschaft der DDR aufgedeckt und unterbunden.

Der USA-Geheimdienst hatte den Spezialisten des VEB Energieprojektierung Berlin, Herbert P., angeworben und ihn mit der Erkundung und Lieferung von Fakten über die Energiewirtschaft der DDR beauftragt.

Der Spionagetätigkeit für den englischen Geheimdienst wurden der Abteilungsleiter im VEB INEX Berlin, Sch., die Sachbearbeiterin der Deutschen Notenbank, B., der Leiter der Devisenabteilung der Deutschen Notenbank, Sch., und der Referent der Deutschen Investitionsbank, P., überführt. Sie hatten aus ihren jeweiligen Verantwortungsbereichen geheimzuhaltende Tatsachen an den englischen Geheimdienst übermittelt.⁸⁸

Enttarnt wurden die Agenten des französischen Geheimdienstes Hans-Rudi B., Hauptreferent im Staatlichen Chemiekontor der DDR, der Informationen über die chemische Industrie der DDR lieferte, und seine Ehefrau Maria B., Sekretärin in der Abteilung Grundstoffindustrie des ZK der SED, die ihren Auftraggebern geheimzuhaltende Tatsachen aus ihrem Arbeitsbereich

übermittelte. Zur Aufrechterhaltung ihrer Verbindung zum Geheimdienst fungierte ihre Mutter Martha K. als Kurier.⁸⁹

Gemeinsame Anstrengungen der Organe für Staatssicherheit und der Deutschen Volkspolizei bei der Sicherung der Umgestaltung der Landwirtschaft

Mit dem Übergang zur genossenschaftlichen Großproduktion in der Landwirtschaft der DDR in den Jahren 1959/60 bestand die Aufgabe der Sicher-

76

heitsorgane der DDR darin, ein hohes Maß staatlicher und öffentlicher Sicherheit und Ordnung auf dem Lande zu gewährleisten.

Das erforderte ein enges Zusammenwirken der Organe der Staatssicherheit, insbesondere der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen, in deren Verantwortungsbereich ein hoher Anteil an landwirtschaftlicher Produktion angesiedelt war, mit den zuständigen Bezirksbehörden und Kreisämtern der Deutschen Volkspolizei, speziell mit den in den Dörfern arbeitenden Abschnittsbevollmächtigten der DVP, den örtlichen Behörden, Volksvertretungen und Genossenschaftsbauern.

Zu den Methoden gegnerischer Kräfte gehörten terroristische Angriffe auf LPG-Vorsitzende und Sekretäre der SED-Parteiorganisationen und andere Aktivisten beim Umgestaltungsprozeß in der Landwirtschaft, es gab Drohungen und Verleumdungen sowie Hetze und Zersetzungstätigkeit, um das Vertrauen der Landbevölkerung in die Politik der DDR-Führung zu erschüttern. Zur Schädigung und Dezimierung des Viehbestandes erfolgten Giftanschläge und vorsätzlich herbeigeführte Tierseuchen. Die Tiersterblichkeit stieg vom 1. Halbjahr 1959 im Vergleich zum 2. Halbjahr 1959 auf 148 Prozent.

Im Jahre 1960 verendeten 4,6 Prozent des Gesamtbestandes an Rindern, 15,1 Prozent des Schweinebestandes – darunter ein Drittel aller Ferkel – und 5,5 Prozent an Schafen. Dabei muß festgestellt werden, daß ein Teil der Fälle auf mangelhafte Ordnung und Pflege in der Tierhaltung zurückgingen. Im November 1959 wurde gegen den Schäfermeister der LPG Hamme/Höpen ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Er hatte eine 400 Karakulschafe umfassende Herde, die eigens zur Aufzucht importiert worden war, bis auf wenige Tiere verenden lassen. Der Schaden für die LPG betrug 100.000 Mark. In einem anderen Falle hatte ein Brigadier für Tierzucht den TBC-freien Rinderbestand mit TBC-behafteten Tieren vermischt und dadurch den gesamten Rinderbestand verseucht.

Im Jahre 1960/61 konnten Sabotagehandlungen, die sich vor allem auf die Zerstörung von Traktoren, Maschinen und andere Landtechnik konzentrierten, aufgedeckt werden.

Derartige Vorkommnisse gab es beispielsweise in der LPG Schönfließ, wo durch die Zerstörung ihrer elektrischen Anlagen mehrere Traktoren außer Betrieb gesetzt worden waren, und in der LPG Deschendorf, wo ein Mähdrescher erheblich beschädigt wurde.

In den LPG Schmachtenhagen, Wensickendorf und Nassenheide wurden vorsätzlich Drillmaschinen zerstört und ihre Reifen zerschnitten sowie im VEG Pinnow das Förderband einer Kartoffelkombi zertrennt.

77

Außerdem stellten die Sicherheitsorgane eine Zunahme der vorsätzlichen Brandstiftungen fest. Allein im Bezirk Potsdam brannte es im Jahre 1959 in jeder siebten LPG, in jeder sechsten MTS und in jedem zweiten Volksgut. Allein im ersten Halbjahr 1960 richteten 140 Brandstiftungen einen Gesamtschaden von 6 Millionen Mark an.

Im Bezirk Halle legte ein Täter in der Nacht vom 20. zum 21. Februar 1960 in einem vollgenossenschaftlichen Dorf an mehreren landwirtschaftlichen Objekten Feuer. Vor Gericht erklärte der Brandstifter: »Ich wollte die LPG schädigen, ganz egal welche«. Er räumte ein, durch in seinen Besitz gelangte Hetzschriften zu seinen kriminellen Handlungen angeregt worden zu sein.

Ein weiterer Täter setzte im Mai 1960 die Scheune der LPG Neuendorf im Kreis Seelow in Brand. Wie im Ermittlungsverfahren gegen den Brandstifter festgestellt wurde, handelte er im Auftrag eines Großbauern, der die DDR illegal verlassen hatte und dafür den Brandstifter mit einer hohen Geldsumme belohnte.⁹⁰

Im Jahre 1959 war dem Großbauern K. nachgewiesen worden, daß er Abstammungsnachweise der Herdbuchbullenzucht seines Betriebes gefälscht und dieses minderwertige Zuchtmaterial, das in LPG und VEG zu einer anfälligen Nachzucht mit erheblichen Verlusten führte, verkauft hatte.⁹¹

In Bautzen konnte ein Täter mit besonderer krimineller Energie ermittelt und 1962 gerichtlich zu Verantwortung gezogen werden. St. legte 28 Brände in landwirtschaftlichen Einrichtungen und Wohngebäuden. Dadurch gefährdete er das Leben der Betroffenen, darunter vieler älterer Bürger, Frauen und Kinder und verursachte einen hohen Sachschaden. Um das verbrecherische Wirken einer Gruppe von Tätern vorzutäuschen, legte er mitunter in einer Nacht mehrere Brände. Außerdem beging er 65 schwere Diebstähle, durch die allein ein Versicherungsschaden von 100.000 Mark entstanden war.⁹² Die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR erwies sich als eine komplizierte Aufgabe. Die Bevölkerung sollte mit Nahrungsmitteln und die Volkswirtschaft mit Rohstoffen aus eigener Produktion versorgt werden. Die Großraumbewirtschaftung – unterstützt durch einen entsprechenden Maschinenpark der auf dem Lande geschaffenen Maschinen-Ausleih-Stationen (MAS), später Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) – war für die Erreichung dieses Zieles von grundlegender Bedeutung. Zwar bestanden 1959/60 bereits in 65 Prozent der DDR-Gemeinden Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPG). Das Tempo der Umgestaltung der Landwirtschaft hatte sich in den Jahren 1956/57 jedoch verlangsamt. Das war einerseits auf festverwurzelte Traditionen der Bauern (Kleineigentümer an Produktionsmitteln, individuelles Wirtschaften, Vorbe-

78

halte gegen Technisierung und Mechanisierung des landwirtschaftlichen Produktionsprozesses) und andererseits auf, wie sie meinten, Unsicherheiten hinsichtlich ihrer Perspektiven zurückzuführen.

In nicht wenigen Fällen wurden ihre Ziele auch durch Anlaufschwierigkeiten in LPG vor Ort genährt.

Hinzu kam der Einfluß reaktionärer Kräfte im Dorf und die vom Westen geschürte Propaganda gegen die sozialistische Umgestaltung auf dem Lande. Hier spielten auch Verbindungen von Großbauern und anderen in der Landwirtschaft tätig gewesenen Personen, welche die DDR illegal verlassen hatten, eine wesentliche Rolle.

Nicht unbedeutend war in dieser Zeit auch der noch vorhandene Einfluß von Führungskräften im westdeutschen und Westberliner Bauernverband, die gegen die DDR und insbesondere gegen deren landwirtschaftliche Entwicklung eingestellt waren und diese zu stören versuchten.

Obgleich Westberlin kein Gebiet mit bemerkenswerter landwirtschaftlicher Nutzfläche war, verfügte der dortige *Bauernverband e. V.* über gute Verbindungen zum Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, zu Senatsstellen, mehreren westlichen Geheimdiensten, zum RIAS und einer Reihe von Landsmannschaften – gewissermaßen als Ausgleich für nicht vorhandene landwirtschaftliche Nutzfläche. Der Verband agierte schon in den 50er Jahren und war der Aufmerksamkeit des MfS nicht entgangen. Bis zu den Maßnahmen des 13. August 1961 bekämpfte dieser vorgebliche Bauernverband offen die Landwirtschaftspolitik der DDR, die er in Wort und Schrift diskreditierte. Zugleich versuchte er, durch gezielte – häufig nicht erfolgreiche – Einflußnahme Fachkräfte aus der Landwirtschaft zum Verlassen der DDR zu bewegen. Nach dem 13. August 1961 stellte der Bauernverband seine gegen die DDR gerichtete Tätigkeit um, sorgte zu diesem Zweck für den Erhalt seiner personellen Verbindungen in die DDR und schuf ideologisch wie organisatorisch Voraussetzungen für eine weitere umfangreiche Nachrichtensammlung und -übermittlung. Unter Verwendung von Deckadressen und anderen konspirativen Möglichkeiten, z. B. den Einsatz von Rentnern als Kuriere, unterhielt der Bauernverband Verbindungen zu personellen Stützpunkten in den Bezirken Potsdam, Dresden und Karl-Marx-Stadt.

Der *Bauernverband e. V.* wurde 1973 aufgelöst, nachdem die Finanzierung eingestellt worden war.

Es wird die Frage erlaubt sein, wer ihn bis dahin finanzierte?

Die Tätigkeit der Linie III/XVIII – im Zusammenwirken mit der Deutschen Volkspolizei – war darauf gerichtet, kriminelles Wirken gegnerischer Kräfte

79

aufzuklären und damit die Bauern für die Umgestaltung der Landwirtschaft zu gewinnen. Das erforderte die Anspannung der zur Verfügung stehenden operativen Kräfte, Sachkenntnis und einen qualifizierten Einsatz der inoffiziellen Mitarbeiter.

Mitunter zeigte sich, daß Großbauern, die bereits Mitglieder von LPG

waren, mittels ihrer wirtschaftlichen Kraft eine dominierende Stellung in den LPG bzw. im gesamten Dorf einnahmen und spekulative Gewinne aus ihrer Tätigkeit in den LPG zu erzielen versuchten. Ernsthafte Schwierigkeiten entstanden durch illegales Verlassen der DDR und die Abwerbung von Arbeitskräften. Dadurch mußten Höfe zusätzlich bewirtschaftet werden. Die Situation in der Landwirtschaft wurde noch durch unqualifizierte Leitungstätigkeit, bürokratisches Administrieren, Abweichungen vom Prinzip der Freiwilligkeit hinsichtlich des Beitritts in die Genossenschaften, durch fehlende oder veraltete und verschlissene Technik, durch Futter- und Düngemittelknappheit und viele andere Unzulänglichkeiten erheblich verschärft. Dazu kamen Diebstahl, Unterschlagung, Abrechnungsbetrug und andere Straftaten.

Bei der Bekämpfung derartiger Straftaten wurde eng mit den staatlichen und wirtschaftlichen Kontrollinstanzen, beispielsweise mit der Arbeiter- und Bauern-Inspektion (ABI), zusammengearbeitet.

Die Mitarbeiter des MfS unterstützten in dieser Zeit durch viele freiwillige Ernteeinsätze, durch Mitwirken bei den Bestellarbeiten, beim Bau von Landwirtschaftsgebäuden, durch Übernahme von Patenschaften zur materiellen Hilfe, durch Bereitstellung von Transportmitteln, Notstromaggregaten die LPG bei der Überwindung von Anfangsschwierigkeiten. In zigtausenden Stunden trugen sie dazu bei, die Ernte verlustlos einzubringen.

Ein Urteil aus dem Jahre 1995 bestätigte: »Die meisten westlichen Aussagen sind durch die Praxis widerlegt. Die LPG und ihre Nachfolgebetriebe, denen nicht nur die Politik, sondern auch der Berufsstand West, mindestens der organisierte, den Kampf erklärten, erwiesen sich als lebensfähig, sie sind zählebig, weil wirtschaftlich erfolgreich.«⁹³

Verstärkung der vorbeugenden Arbeit und der Übergang zur Objektsicherung⁹⁴ in der Volkswirtschaft der DDR durch die Linie III/XVIII

Die vorbeugende politisch-operative Arbeit der Linie III/XVIII erhielt zunehmende Bedeutung. Ihr Ziel war es, insbesondere unter Mitwirkung von Inoffiziellen Mitarbeitern und im Zusammenwirken mit Volkspolizei und staatlichen Kontrollorganen durch Aufdeckung verbrechensbegünstigender Bedingungen die Basis für Straftaten einzuschränken.

80

In wichtigen volkswirtschaftlichen Unternehmen wurden *Objektdienststellen*, in ausgewählten Schwerpunktbetrieben *Operativ-Gruppen* geschaffen. Deren Aufgabe bestand vorrangig darin, eine höhere Qualität der IM-Arbeit zu erreichen und die Verbindung der Objektsachbearbeiter des MfS zu den Betriebsleitungen, den Leitungen der SED-Organisationen, den Gewerkschaften und anderen Massenorganisationen in den Objekten auf das erforderliche Niveau zu heben. An die Betriebsleiter und Parteisekretäre der SED sollten in verstärktem Maße solche Informationen aus den Ergebnissen der operativen Arbeit übermittelt werden, mit denen ihre Tätigkeit unterstützt werden konnte. Dementsprechend war verstärkt an der Aufdeckung feindlicher Personenkonzentrationen zu arbeiten, waren Stützpunkte und Verbindungen der Konzerne in den Betrieben aufzuspüren und die Pläne und Absichten feindlich eingestellter oder krimineller Personen in bezug auf Brandstiftungen, Explosionen, Betriebsstörungen und dergleichen rechtzeitig aufzuklären und zu verhindern. Außerdem wurde durch wirksame Öffentlichkeitsarbeit angestrebt, eine engere Verbindung zu Belegschaften und Leitungen der volkswirtschaftlichen Schwerpunktbetriebe herzustellen.

Damals wurden in allen bedeutenden volkswirtschaftlichen Objekten, selbst in Bahnhöfen, Dienstzimmer des MfS für öffentliche Sprechstunden eingerichtet. Hinweise aus der Bevölkerung wurden ernsthaft geprüft und waren oft Ausgangspunkt operativer Maßnahmen.

Ein wirksamer Schlag gegen Währungspekulation und ökonomische Störmaßnahmen erfolgte am 15. Oktober 1957. Banknoten der DDR, die seit 1948 im Umlauf waren, wurden unangekündigt umgetauscht. Damals befanden sich etwa 600 Millionen Mark außerhalb des Währungsgebietes der DDR. Diese Geldbestände wurden durch die Umtauschaktion über Nacht wertlos, den Spekulanten war für eine bestimmte Zeit der Boden entzogen. An der organisatorisch reibungslosen Aktion hatte das MfS maßgeblichen Anteil. Die durch Schiebergeschäfte und Währungsmanipulation in die Hände von insbesondere Westberliner Spekulanten gelangten Millionenbeträge stellten bis dahin eine ernstzunehmende Gefahr für die Wirtschaft der DDR

dar. Unter den Bedingungen der offenen Grenzen konnten mit ihnen Erschütterungen im Währungssystem der DDR hervorgerufen und die Versorgung der Bevölkerung empfindlich gestört werden.

Die Abwerbung und die Abwanderung von Bürgern der DDR als Bestandteil des Wirtschaftskrieges

Abgesehen davon, daß die offene Grenze aus nachrichtendienstlicher Sicht zweifellos Vorteile für beide Seiten hatte, stellte Westberlin infolge seiner

81

Insellage ein einmaliges Operationsfeld für zahlreiche westdeutsche und ausländische Geheimdienste, Agentenorganisationen sowie für andere Einrichtungen dar, die gegen die DDR arbeiteten. Hinzu kam die Anwesenheit westallierter Truppenkontingente mit entsprechenden Spezialausrüstungen für die feindliche Tätigkeit gegen die DDR und andere sozialistische Staaten. Hier sei nur an das umfangreiche Potential von Einheiten und Mitteln der elektronischen Kampfführung und an solche Einrichtungen wie die Abhörstation auf dem Teufelsberg erinnert, deren Aktionsradius weit über das Territorium der DDR hinaus reichte.

Bestandteil des Wirtschaftskrieges war der Medienkrieg. Zunächst per Rundfunk, später besonders mittels Fernsehen, wurde der »Westen« nicht nur als Ort vermeintlich uneingeschränkter Freiheit, sondern vor allem als Konsumparadies dargestellt. Das Werbefernsehen, so urteilen Experten, stellte eine größere subversive Sprengkraft für die DDR dar als alle politischen Sonntagsreden in Bonn.

Die Mehrzahl derer, die aus der DDR abwanderten, darunter auch gezielt abgeworbene Bürger, versprachen sich durch den Wechsel in die Bundesrepublik bessere Lebensverhältnisse oder eine aus ihrer Sicht günstigere Entwicklungsperspektive. Sie waren also überwiegend »Wirtschaftsflüchtlinge« und nicht – wie unverändert gern behauptet – »politische Flüchtlinge«. Zweifellos gab es diese auch. Aber sie stellten eine marginale Minderheit dar.

Als allgemeine Definition für den Begriff »Flüchtling« gilt üblicherweise, daß es sich dabei um Personen handelt, die sich infolge politischer (Zwangs-)Maßnahmen, wegen Krieg oder existenzgefährdender Notlagen veranlaßt sehen, ihre Heimat zu verlassen. Nach der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist ein politischer Flüchtling eine Person, die sich »aus wohlbegründeter Furcht vor Verfolgung aus Gründen der Rasse, der Religion, der Nationalität, der Zugehörigkeit zu einer bestimmtem gesellschaftlichen Gruppe oder der politischen Meinung außerhalb des Landes ihrer Nationalität befindet«.95 Das traf für die absolute Mehrheit der einstigen DDR-Bürger keinesfalls zu. Sie waren darum keine »Flüchtlinge«.

Die Ökonomie der DDR hat sich von diesen Verlusten durch Abwanderung nie erholt. Der Osteuropaforscher der Freien Universität Berlin, Prof. Leptin, meint, daß in der Zeit von 1950 bis 1961 jährlich zwischen 144.000 (1959) und 330.000 (1953) Personen aus der DDR in die BRD übersiedelten. »Unter den Flüchtlingen war der Anteil der Jugendlichen bis 25 Jahre sehr hoch, meistens um 50 Prozent ... Das hatte zur Folge, daß unter den Zurückbleibenden der Anteil der älteren Jahrgänge rasch anstieg. Im Jahre 1970 waren in der Bundesrepublik 61,2 Prozent der Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter,

82

in der DDR 58 Prozent ... Wenn man berücksichtigt, daß jeder arbeitsfähige Flüchtling beim innerdeutschen Wirtschaftsvergleich einen Arbeitskräfteunterschied von 2 Personen ausmacht (im Osten -1, im Westen + 1), dann wird die wachstumspolitische Bedeutung der Fluchtbewegung besonders deutlich.

«96

Siegfried Wenzel, ehemaliger Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission der DDR, ergänzte 1998 diese Feststellung. »Für die BRD ist dieser Zufluß von »Humankapital« in Größenordnungen von fast 2 Millionen ein einmaliger Aktivposten, der überhaupt nicht hoch genug eingeschätzt werden kann. Man muß berücksichtigen, daß es sich bei den Übersiedlern aus der DDR in die BRD zu einem großen Teil um gut ausgebildete Facharbeiter, sowie um akademisch Ausgebildete wie Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure gehandelt hat, deren Ausbildung oftmals vom Staat, d. h. der gesamten Gesellschaft in der DDR, finanziert worden war. Es gab viele, die ihre Einstellungsverträge von westlichen Firmen bereits während des Studiums erhielten, als sie noch Wohnung, Stipendium und zum Teil großzügige soziale Sicherung in der DDR in Anspruch nahmen. Das trifft vor allem auf die Zeit

vor 1961 zu.

Die Wirkung der Eingliederung dieses personellen Zuwachses für die Wirtschaftskraft der BRD war natürlich eine ganz andere, als die der etwa 0,5 Millionen ausländischer Gastarbeiter, die bis 1961 aus Spanien, Portugal, der Türkei und Italien in die BRD gekommen waren. Die bis zu 1,5 Millionen Übersiedler aus der DDR sprachen die gleiche Sprache, waren oft in einem mehr oder minder adäquaten Bildungssystem zu hochqualifizierten Fachkräften ausgebildet und entstammten dem gleichen Kulturkreis.

«Wenzel ist der Auffassung, daß die Marshallplan-Hilfe und die »Kader« aus der DDR in der Bundesrepublik maßgeblich für den Produktivitäts- und Effektivitätsunterschied zwischen der BRD und der DDR verantwortlich waren.⁹⁷

Der Kreis derer, die die Geschäfte mit der Abwerbung unmittelbar oder mittelbar betrieben, reichte von westlichen Geheimdiensten über die Ostbüros der Parteien bis hin zu speziellen Einrichtungen wie dem »Verband der Sowjetzonenflüchtlinge« oder dem »Arbeitskreis ostdeutscher Wissenschaftler«.

Flankiert wurden diese Bestrebungen durch das »Bundesvertriebenengesetz« (1953) und das »Gesetz über Hilfsmaßnahmen für Personen, die wegen politischer Verbrechen außerhalb der BRD inhaftiert wurden« (1955).

Aufgrund von Verordnungen erhielten Personen, die die DDR verlassen hatten, in der BRD bevorzugt Wohnraum, Arbeit und materielle Vergünsti-

83

gungen. (Ausführlicher dazu im Beitrag »Gegen das Verlassen der DDR, gegen Menschenhandel und Bandenkriminalität«)

Das Oberste Gericht der DDR befaßte sich im August 1961 in zwei Prozessen mit Abwerbungen sowie Versuchen, Bürger der DDR zum Verlassen ihres Landes zu verleiten. Die Angeklagten waren in dieser Hinsicht für den BND und das Ostbüro der SPD tätig gewesen. Es handelte sich u. a. um Hans A., Architekt beim Entwurfsbüro Dessau, und Günter B., zuletzt Architekt und Bauleiter beim VEB Industrieprojektierung Dessau.

Hans A. organisierte 1952 für eine Gruppe von Studenten der Ingenieurschule Dessau die Teilnahme am 2. Deutschen Studententag in Westberlin. Sein dortiger Betreuer, der Mitarbeiter der »Organisation Gehlen« Hoffmann, warb ihn nach mehreren Treffen unter dem Decknamen »Hennig« an. Er empfahl A., nach außen eine fortschrittliche Haltung zur gesellschaftlichen Entwicklung in der DDR einzunehmen und der SED beizutreten, um so besser Zugang zu Informationen zu erlangen. A. erhielt von seinen Auftraggebern zehn Deckadressen und die Auflage, seine Spionageberichte mit Geheimtinte zu schreiben und verschlüsselt zu übersenden.

Während der Dauer seiner Agententätigkeit lieferte er umfassende Informationen aus Betrieben und militärischen Objekten im Raum Dessau. Zur Unterstützung von Abwerbungsmaßnahmen bespitzelte er Wissenschaftler, die in der UdSSR tätig waren, sowie Ingenieure, Ärzte, hochqualifizierte Fachkräfte und leitende Funktionäre aus der Wirtschaft. Über diesen Personenkreis lieferte er ausführliche Charakteristiken und, soweit möglich, kompromittierendes Material.

Von »Hoffmann« wußte er, daß seine Informationen dazu dienen sollten, Spezialisten abzuwerben. So sammelte er von über 100 Fachkräften Hinweise über negative politische Äußerungen, ungenehmigte Reisen in westliche Staaten, verwandtschaftliche Beziehungen in die BRD und nach Westberlin, dort getätigte Einkäufe, eventuell noch bestehende Konzernverbindungen, fachliche Leistungen und Kenntnisse, wirtschaftliche Sorgen, Krankheiten und religiöse Einstellungen, um dieses Wissen an seine Auftraggeber weiterzuleiten.

Tatsächlich verließ eine ganze Anzahl der von A. bespitzelten Personen die DDR illegal.

Günter B. war ebenfalls Teilnehmer am Studententag in Berlin. Er erhielt Ende 1956 über einen Mitarbeiter des Studentenhilfswerkes Berlin Verbindung zum Gehlen-Residenten »Hoffmann«. Der verpflichtete ihn unter dem Decknamen »Horst Heinze« für Pullach. Er legte B. ebenfalls nahe, der SED

84

beizutreten. Nach seiner Anwerbung lieferte B. chiffrierte Spionageberichte an Deckadressen. Gleichzeitig war er beauftragt, Charakteristiken über ihm vom Studium an der Ingenieurschule Köthen bekannte Wissenschaftler zu

liefern, wobei auch kompromittierendes Material gefragt war. Auf der Grundlage seiner Informationen wurden ein Technischer Direktor und mehrere Bauingenieure abgeworben. Im Jahre 1960 wurde B. aufgefordert, sich aktiv an Abwerbeaktionen zu beteiligen. »Hoffmann« motivierte ihn mit dem Hinweis: »Je höher die Verantwortung – desto größer die Kopfprämie.«⁹⁸ Vor dem Obersten Gericht der DDR standen auch die Hausfrau Helene V. aus Jüterbog und der Rentner Manfred W. aus Berlin. Helene V. arbeitete seit 1959 mit dem BND zusammen und forschte gemeinsam mit drei Verwandten und einer Freundin Militärobjekte aus. Der Agentenführer »Hildebrandt« hatte sie aber auch veranlaßt, den Geheimdienst bei der Abwerbung von DDR-Bürgern zu unterstützen. Auftragsgemäß veranlaßte sie, daß zwei Personen aus ihrem Verwandtenkreis die DDR illegal verließen. Sie wurde auf einen Arzt angesetzt, auf einen Betriebsleiter, vier Angestellte der Deutschen Post bzw. der staatlichen Verwaltung sowie auf einen selbständigen Handwerker. Sie sollte persönliche Schwächen der Zielpersonen erkunden und diese damit zum Verlassen der DDR bewegen. Bis zu ihrer Festnahme hatte sie bereits zu vier dieser Personen nähere Beziehungen hergestellt.

Manfred W. war 1952 über ein Preisausschreiben der Propagandapostille »Freie Junge Welt« für eine Zusammenarbeit mit dem Ostbüro der SPD in Westberlin geködert worden. Es gelang ihm, insgesamt sieben Bürger zum illegalen Verlassen der DDR zu bewegen. Darüber hinaus beförderte er etwa 20 bis 30.000 Briefe, die an in der DDR lebende Wissenschaftler, Ärzte, Techniker und andere Personenkreise adressiert waren. Sie enthielten Druckschriften, deren Inhalt gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR gerichtet war und die Empfänger zum illegalen Verlassen der DDR bewegen sollte.⁹⁹

Die Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgrenze am 13. August 1961

In der zweiten Hälfte der 50er Jahre zeichnete sich eine Verschärfung der internationalen Situation ab, die zu einer Zuspitzung des Kalten Krieges führte. Sowohl in der BRD als auch in der DDR wurden eigene Streitkräfte aufgestellt, die später in die Militär- und Kommandostrukturen der jeweiligen Paktsysteme – zunächst die Bundeswehr in die NATO, später die Nationale Volksarmee in den Warschauer Pakt – integriert wurden.

85

Der Aufbau der nationalen Streitkräfte in der DDR war ein dringendes Sicherheitserfordernis, bedeutete jedoch eine hohe zusätzliche Belastung der Volkswirtschaft.

Ende 1958 forderte die UdSSR in ultimativer Form die Umwandlung Westberlins in eine »Freie Stadt« und erklärte, anderenfalls einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen zu wollen. An dieser Forderung hielten die UdSSR und die DDR bis 1961 fest. Die Westalliierten und die BRD ließen das Schreckgespenst einer »Berlin-Blockade« wieder aufleben. Die SPD hatte inzwischen ihre Opposition gegen die Mitgliedschaft der BRD in der NATO und damit ihre Position in einem wichtigen außen- und deutschlandpolitischen Bereich offiziell zurückgenommen. Gleichzeitig verstärkte die Bundesregierung ihre Bestrebungen, an der atomaren Aufrüstung teilzuhaben. Der zuständige Bundesverteidigungsminister F. J. Strauß hatte bereits atomare Ziele im Raum Dresden anvisiert. Damit wurden erneut Bedrohungsängste auf beiden Seiten geschürt. Sie belasteten das politische Klima beträchtlich.

Als 1960 die BRD einseitig das gültige Handelsabkommen mit der DDR aufkündigte und rigorose Maßnahmen zur Drosselung des Handels durchsetzte, traf das die Wirtschaft der DDR massiv. Diese Eskalation des Kalten Krieges hatte in der DDR wirtschaftliche und politische Krisenerscheinungen zur Folge.

War Mitte der 50er Jahre eine leichte wirtschaftliche Konsolidierung eingetreten, hatten voluntaristische Maßnahmen – etwa die Absicht, im Verlauf des Siebenjahrplanes mit der BRD-Wirtschaft gleichzuziehen – die Grenzen des Machbaren überschritten. Die Volkswirtschaft erlitt einen Rückschlag, der sich auf die Versorgung der Bevölkerung auswirkte. Die Zahl der Bürger, die die DDR verließen, stieg dramatisch an.¹⁰⁰

Die Regierungen der Staaten des Warschauer Vertrages erklärten auf der Tagung ihres Politisch Beratenden Ausschusses (3. bis 5. August 1961), die Außengrenzen der DDR nach Westen (und damit des Bündnissystems)

müßten gesichert werden. Daraufhin beschloß die Volkskammer der DDR auf ihrer 19. Sitzung am 11. August 1961, den Ministerrat der DDR zu beauftragen, Maßnahmen zur militärischen Sicherung der Staatsgrenze einzuleiten.

Der Beschluß des Ministerrates der Deutschen Demokratischen Republik erging am 12. August 1961 und trat am 13. August 1961 in Kraft.¹⁰¹

Die militärische Sicherung der Staatsgrenze der DDR bedeutete für die westlichen Geheimdienste und deren Agentenorganisationen einen einschneidenden Rückschlag. Den subversiven Aktivitäten im Wirtschafts-

86

krieg gegen die DDR standen nun buchstäblich massive Hindernisse im Wege. Sie kamen nicht umhin, ihre gesamte Logistik zu überdenken. Sie mußten auf viele ihrer bis dahin angewandten Mittel und Methoden verzichten sowie ihr gesamtes Verbindungssystem zu aktiv tätigen Agenten grundlegend umorganisieren.

Natürlich bedeuteten die Sicherungsmaßnahmen auch für das MfS eine völlig veränderte Situation. Vieles wurde nunmehr einfacher bei der Bekämpfung staatsfeindlicher und krimineller Aktivitäten.

Die Westalliierten nahmen die Sicherungsmaßnahmen alles in allem gelassen, zumal ihnen von sowjetischer Seite vorher offenkundig versichert worden war, daß sich die militärische Sicherung der Staatsgrenze nicht gegen sie richte. Ihre Interessen würden davon unberührt bleiben, die politischen Verhältnisse in Europa waren klar geordnet. »Die Welt« kommentierte verwundert, aber zutreffend: »Es mag schockierend sein, es auszusprechen, aber in dem Kommuniqué, mit dem Washington auf die Abriegelung Ost-Berlins reagiert hat, ist ein Ton der Erleichterung unüberhörbar.«¹⁰²

Und die Pariser Zeitung »Liberation« schrieb: »Die von der DDR auf Verlangen der sozialistischen Länder getroffenen Maßnahmen sind Vorsichts- und Verteidigungsmaßnahmen, die in keiner Weise die Interessen der Westmächte und der Bundesrepublik benachteiligen ... Ist es nicht ganz normal, daß sich die DDR vor jeder Provokation (man weiß, das die Bonner und Westberliner Politiker Meister auf diesem Gebiet sind) schützt? Jede Maßnahme, die verhindern kann, daß das Pulverfaß in Brand gesteckt werden kann, ist nicht einzig und allein deshalb schlecht, weil sie vom Osten kommt.«¹⁰³

Düpiert waren einzig die westlichen Geheimdienste, die nicht in der Lage gewesen waren, ihre Regierung vorab darüber zu informieren. Sie hatten die Aktion verschlafen; es sollte im übrigen nicht das letzte Mal gewesen sein, daß westliche Nachrichtendienste versagten.

Die Regierungen der DDR und der anderen Staaten des Warschauer Paktes waren sich im klaren darüber, daß die militärische Sicherung der Staatsgrenze nicht ohne empfindliche Nachteile für die Menschen sein würde. Persönliche Begegnungen zwischen Verwandten und Bekannten in beiden deutschen Staaten waren für unbestimmte Zeit unterbrochen – auch wenn sie spätestens ab 1963 durch Teilregelungen und Vereinbarungen beider Seiten zumindest eine Milderung erfuhren. Einschneidende Einschränkungen betrafen auch den sonstigen Reiseverkehr. Für Berlin, besonders für Westberlin, waren damit erhebliche politische, wirtschaftliche und verkehrstechnische Probleme verbunden.

87

Mit der militärischen Sicherung der Staatsgrenze trat eine ökonomische Stabilisierung der DDR ein, ihrem weiteren Ausbluten wurde Einhalt geboten und ihre fortgesetzte Ausplünderung zunächst gestoppt.